

INHALT

--VORWORT DES Autors zum deutschen Text	2
--Vorwort zur ersten Auflage	3
--Einleitung	5

Erster Abschnitt:

Gründung und Entwicklung der DPK

1. Rückblick auf die allgemeine Lage in Iranisch-Kurdistan	10
2. Nationale und internationale Lage	12
3. Die Gründung der DPK	20
4. Die Ereignisse 160-tägiger Parteiaktivität	27

Zweiter Abschnitt:

Die Republik Kurdistan

1. Die Lage zum Zeitpunkt der Gründung Der Republik	31
2. Das Wirken der Republik	38
3. Kurdistan und Azerbaidjan	42
4. Die Kampffront	50
5. Die Kapitulation	53
6. Die letzten Tage der Republik Kurdistan	58
7. Der Prozess	61
8. Die Barzanis	66
9. Die Ursachen für den Zusammenbruch Der Republik	70
10. Der historische Stellenwert der Republik Kurdistan	82

--Anmerkungen	87
-------------------------	----

--Literaturverzeichnis	95
----------------------------------	----

Vorwort des Autors zum deutschen Text:

Bereits seit zehn Jahren führt das kurdische Volk in Iranisch-Kurdistan einen ungleichen Kampf gegen das Khomeini-Regime, um seinen Existenz und seine nationale Identität zu verteidigen. Die Ziele dieses Kampfes, der bis heute das Leben von nahezu 50.000 wehrlosen Zivilpersonen und über 4.500 Freiheitskämpfern (Peschmerga) gekostet hat, sind klar umrissen:

Demokratie für Iran und Autonomie für Iranisch-Kurdistan.

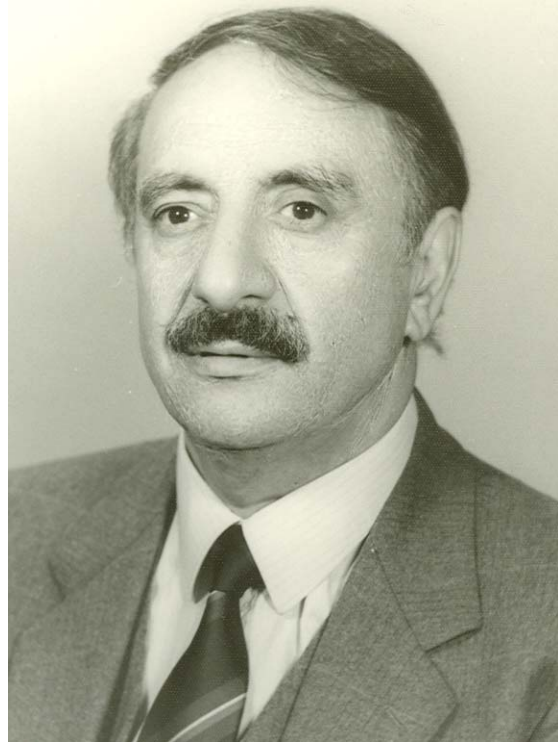
Mehr als 500 km der iranisch-irakischen Grenze verlaufen durch Kurdistan, wo bereits acht Jahre ein blutiger und zerstörerischer Krieg tobte. In diesem Krieg, in dem alle möglichen Waffen, sogar chemische, eingesetzt wurden, war das kurdische Volk das Hauptopfer.

Aus den genannten Gründen berichteten einige Monate lang die Massenmedien vieler Länder über das Leben und den Kampf in der Vergangenheit und über die gegenwärtige Lage des kurdischen Volkes. Trotzdem ist die kurdische Nation in der Weltöffentlichkeit nicht so bekannt, wie es notwendig erscheint. Abgesehen von etlichen Spezialisten wissen nur wenige, nicht nur über die lange und alte Geschichte des kurdischen Volkes Bescheid, sondern auch über seine neue Geschichte.

Die Jahre 1945-1947 nehmen in der Zeitgenössischen Geschichte unseres Volkes einen besonderen Platz ein. In diesen Jahren wurde die Demokratische Partei Kurdistan, gegründet, welche bereits seit 43 Jahren den Kampf des kurdischen Volkes in Iranisch-Kurdistan führt. Gleichzeitig wurde erstmals in der neuen Geschichte dieser unterdrückten Nation eine nationale Republik ausgerufen, die, obwohl sie nur elf Monate lang bestand, wie ein heller Stern in der dunklen und leidvollen Geschichte der kurdischen Nation erstrahlt.

Der erste Band dieses Buches "eine zusammenfassende Geschichte" legt diese zwei bedeutenden Ereignisse dar und führt dem Leser eine kurze Zeitspanne vor Augen, die voll von Geschehnissen des kurdischen Kampfes um Befreiung und freies Leben war.

Die Übersetzung dieses Buches macht den deutschsprachigen Leser mit diesen bedeutungsvollen Jahren in unserer Geschichte vertraut und im Allgemeinen mit Kurden und Kurdistan bekannt. Würde es außerdem noch einige Freunde gewinnen, so wäre die Mühe des Autors und des Übersetzers



nicht umsonst gewesen.

Ich möchte diese Gelegenheit nützen, um dem Übersetzer und jenen Personen, die an der Übersetzung des ersten Bandes dieses Buches beteiligt waren, meinen Dank auszusprechen.

Der Autor
Jänner 1989

V o r w o r t :

Es ist mir eine Freude, dem geehrten Leser den ersten Band von "Zusammenfassende Geschichte der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran" zu präsentieren.

Der erste Abschnitt des vorliegenden Buches erläutert, anschließend an die Analyse der Ereignisse von der Gründung der Partei, die historische Notwendigkeit der Gründung einer demokratischen und revolutionären Partei im Jahre 1945

Der zweite Abschnitt ist einer der goldenen Zeiten in der Geschichte der kurdischen Nation beziehungsweise der Gründung und kurvenreichen Entwicklung der Autonomen Republik Kurdistan in den Jahren 1945-1946 gewidmet.

Der zweite Band dieser zusammenfassenden Geschichte wird vier Abschnitte umfassen, in welchen der Kampf der Demokratischen Partei Kurdistan während der Jahre eines allgemeinen Rückzuges der Bewegung nach der Niederschlagung der kurdischen Republik, nämlich die genau 32 Jahre andauernde Periode von Parteiaktivität im Untergrund, geschildert wird. Diese Periode findet ihr Ende mit dem Sieg der Revolution der iranischen Völker im Jahre 1979

Der dritte und letzte Band wird aus drei Abschnitten bestehen und auf die Ereignisse, beginnend mit dem Jänner 1979 bis zum 40. Jahrestag der Parteigründung (August 1985) eingehen. In diesem Kapitel der Parteigeschichte wird, abgesehen von eigen wenigen Monaten ungehinderter Aktivitäten in der politischen Öffentlichkeit, der nun bereits sechs Jahre andauernde bewaffnete Kampf geschildert.

Ich hege die Hoffnung, daß der zweite und dritte band zum 40. Jubiläum der Parteigründung veröffentlicht werden und dem Leser zur Verfügung stehen können.

Jene Sätze, welche am Satzende die Anmerkung "v" aufweisen, geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

Bedauerlicherweise war es dem Verfasser aufgrund mangelnden Quellenmaterials nicht möglich, durchgehend vollständige

bibliographische Angaben zu machen.

Beim Schreiben des ersten Bandes wurde mir die Hilfe mehrerer Personen zuteil. Ich spreche jenen Genossen meinen Dank aus, die mein Manuskript begutachteten und eine Vielzahl konstruktiver Anregungen beisteuerten; mein besonderer Dank gilt auch den Genossinnen und Genossen, die mir bei der Ausarbeitung des Buches behilflich waren.

Ich möchte mich weiterst bei den Mitarbeitern der Publikationsabteilung unserer Partei für ihre Mühe bei der Herausgabe des Buches bedanken.

Ohne die Hilfe all dieser Personen wäre die Veröffentlichung von "Zusammenfassende Geschichte der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran" in einer solch kurzen Zeitspanne und unter derart widrigen Umständen nicht möglich gewesen.

Der Verfasser trägt selbstverständlich die Verantwortung für die in diesem Buch enthaltenen Analysen und Meinungsäußerungen.

Ich bitte den geehrten Leser darum, Stellungnahmen, Kritiken oder Anregungen direkt an die Publikationsabteilung der DPKI zu senden.

August 1985

Der Autor



E i n l e i t u n g :

In der Geschichte einer politischen Partei stellen 40 Jahre eine beträchtliche Zeitspanne dar; insbesondere wenn die Partei von ihren Leitlinien nicht abgewichen ist, zahlreiche Schwierigkeiten überwunden hat, zunehmend stärker, einflussreicher und organisierter wird und eine ständige Annäherung an ihre Hauptziele verzeichnet.

Kenntnisnahme und Verbreitung der Geschichte der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran ist in der gegenwärtigen Lage unseres Kampfes von größter Notwendigkeit.

Wie jedem gesellschaftlichen Phänomen lagen auch der DPKI ihre spezifischen Voraussetzungen und Entstehungssituationen zugrunde. Bis zur Erreichung des Status quo hat die DPKI einen langen Weg zurückgelegt.

Das Wissen über die Geschichte und ihre Verbreitung ist hauptsächlich insofern von großer Bedeutung, als aus den Kampferfahrungen unseres Volkes und unserer Partei eine Lehre zu ziehen ist.

Diese Lehre beinhaltet zwei Aspekte: einerseits die positiven Erfahrungen unsere Partei für den zukünftigen Kampf soweit auszuwerten, daß die Geschichte nicht zur Veranschaulichung der Vergangenheit unserer Partei dient, sondern in erweitertem Sinne eine Anleitung unseres Kampfes für die Zukunft bietet, andererseits jene Fehler, und Abweichungen zu vermeiden, welche die Partei in der Vergangenheit durchlaufen hat.

Während dieser 40 Jahre sind zwei Generationen in Kurdistan herangewachsen. Vor diesen zwei Generationen wirkte jene Generation, welche die Parteigründung initiierte; bedauerlicherweise sind nur noch wenige von ihnen am Leben.

Genau genommen spielt diese Generation im gegenwärtigen Kampf unserer Partei keine Rolle mehr; etliche sind gefallen, andere haben sich nach der Zerschlagung der Autonomen Republik Kurdistan aus der Politik zurückgezogen. Aufgabe dieser Generation war es, die Partei zu gründen und sie später der nachfolgenden Generation zu übergeben.

Die zweite Generation stellt jene Generation dar, die nach 1946 bis zum heutigen Tage Rückgrat und Kraftquellen sämtlicher Organe der DPKI gewesen ist und aus der sich Organisatoren und Leiter der Partei bis zur Revolution des Jahres 1979 rekrutiert haben. Wenn auch - im Besonderen nach dem Sieg der Revolution von 1979 - der Partei eine Vielzahl neuer Mitglieder, Kader und Führungskräfte beigetreten ist, so ist es dennoch die zweite Generation, die die entscheidenden Parteiangelegenheiten und die Rührung in der Hand hat.

Zwar erlebte die Gründergeneration den Aufbau der Partei selbst mit; die nachfolgenden Generationen - die zweite Generation und vor allem die Altersgruppe, die den Reihen der Partei nach der Revolution von 1979 beigetreten ist - verfügen jedoch über geringere Kenntnis bezüglich der Vergangenheit ihrer Partei.

Es ist noch eine Weitere junge Generation zu nennen, deren Angehörige im Durchschnittsalter von 20 Jahren als Peschmerga - aktiv sind. Diese Altersgruppe weist ein äußerst dürftiges Wissen über die Geschichte der Partei auf.

Aus diesem Grund ist es von größter Notwendigkeit, jenen beiden Generationen, allen Mitgliedern und Sympathisanten der DPKI und dem gesamten kurdischen Volk die 40-jährige Geschichte der Partei - wenn auch nur in Kurzfassung - nahe zu bringen.

Der 40. Jahrestag der Gründung der DPKI bietet einen günstigen Anlaß, auf die Geschichte dieser Partei - einen Geschichte, die den Stolz des kurdischen Volkes verkörpert - näher einzugehen oder zumindest einen Abriß über ihren kurvenreichen und blutigen Verlauf zu geben.

Für eine ausführliche Parteigeschichte wird sich noch zu einem späteren

Zeitpunkt Gelegenheit finden. Ziel einer zusammenfassenden Geschichte ist vielmehr die Analyse der Vergangenheit als das bloße Niederschreiben von Ereignissen und Fakten. Geschichtsschreibung ist keine Faktorgraphie oder das Aneinanderreihen von Daten.

Geschichte schließt das Aufspüren der Beziehung von Ereignissen zueinander mit ein, Ihre Wechselwirkung, Änderung und Weiterentwicklung. die Geschichte bleibt nicht statisch und ist es auch nie gewesen, ihr wohnt eine eigene Dynamik und Triebkraft inne.

Ziel der zusammenfassenden Geschichte der DPKI soll in erster Linie die Analyse der Erfahrungen unserer Partei sowie der historischen Gegebenheiten der vergangenen 40 Jahre sein.

Für die Ausarbeitung einer umfassenden Geschichte unserer Partei würden wir zusätzliche Materialien und Quellen benötigen, die uns jedoch in der derzeitigen Situation eines bewaffneten Kampfes nicht zugänglich sind. dazu kommt, daß eine Einzelperson ein solches Unterfangen kaum bewältigen könnte.

Geht man daran, eine Parteigeschichte - die einen langen Zeitraum umfasst - inmitten der Revolution niederzuschreiben, so stößt man auf zwei Haupthindernisse:
Zum einen ist die Zeit knapp bemessen während des Kampfes, man findet kaum Freizeit und Gelegenheit, sich dieser Arbeit zu widmen. Zum anderen ist all jenes reichliche Quellenmaterial, welches unter normalen Umständen leicht erreichbar wäre, im Kriegszustand in den Bergen Kurdistans schwer greifbar.

Infolgedessen liefert das vorliegende Buch keine detaillierte umfassende Geschichte. Möglicherweise wird es Historiker, die sich in Zukunft eingehender mit diesem Thema befassen, als Quellenmaterial dienen.

Dieses Buch, das hier dem geehrten Leser präsentiert wird, gleicht eher einem Notizbüchlein über die Geschichte der Partei.

In der Geschichtsschreibung ist etwas zu beachten: umso weiter ein Ereignis in die Vergangenheit zurückreicht, desto klarer lässt sich seine historische Bedeutung erkennen. Solange wir als Zeitzeugen historische Abläufe selbst miterleben und gegenüber den Ereignissen noch keinen Abstand gewonnen haben, ist ihre Bedeutung für uns weniger ersichtlich.

So etwa ist für uns die Republik Kurdistan (1945 - 1946) von erheblicher historischer Tragweite. Doch nur wenige Menschen, die zur Gründungszeit der Republik Kurdistan lebten oder in den Körperschaften der Republik tätig waren, erkannten die Bedeutung dieser Republik, so wie wir sie heute erkennen.

Diese zeitliche Distanz birgt allerdings auch ihre Nachteile. Nun, wo wir nach 40 Jahren darangehen, die Geschichte der DPK niederzuschreiben, sind so manche Dinge in Vergessenheit geraten und zahlreiche Dokumente vernichtet. Der Großteil jener Menschen, welche damals an der Bewegung beteiligt waren, sind nicht mehr am Leben.

Vor allem in Iranisch-Kurdistan wurden im Zuge wiederholter Staatspolizei-Übergriffen auf Mitglieder und Sympathisanten der Partei unzählige Aufzeichnungen und Dokumente der Vernichtung zugeführt, verbrannt oder vom Schah-Reime beschlagnahmt. Die Geheimarchive der früheren Armee sowie der SAWAK könnten höchst aufschlussreiches Quellenmaterial liefern, falls wir eines Tages eine detaillierte Geschichte der DPKI ins Auge fassen sollten. 1)

Immer wieder haben ausländische Autoren über die Geschichte Kurdistans und über die Bewegung des kurdischen Volkes geschrieben. Manche der Publikationen sind von großem Nutzen, jedoch aus mangelnder Kenntnis über die Umstände der damaligen Zeit wie auch der Gegebenheiten des Landes mit Fehlern und Ungenauigkeit behaftet.

Deshalb gehört es zu den Aufgaben der Intellektuellen und profilierten Persönlichkeiten in der Partei, die Geschichte ihrer Partei selbst niederzuschreiben.

Dadurch lassen sich viele Unrichtigkeiten, Oberflächlichkeiten wie auch falsche Analysen bezüglich der Vergangenheit unserer Partei - und im weiteren Sinnen bezüglich des Kampfes des kurdischen Volkes in Iranisch-Kurdistan - vermeiden.

Auf der einen Seite ist die Gefahr gegeben, dass ein Kurde, insbesondere ein Parteimitglied, bei der Analyse von Ereignissen in der Geschichte der DPK keinen objektiven Standpunkt einnimmt. Um der Wissenschaft willen ist es daher von grundlegender Bedeutung, darauf bedacht zu nehmen, Ereignisse und Fakten so wiederzugeben, wie sie sich tatsächlich zugetragen haben. Man muss absolute Objektivität walten lassen und darf keinerlei Verfälschung zulassen. Gibt der Historiker seine objektive Position auf und modifiziert die Geschichte nach seinem Gutdünken so geht der wissenschaftliche Wert des Werkes verloren.

Auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass sein kurdischer Historiker - noch dazu als Parteimitglied - mit Sicherheit nicht gegen den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Selbstbestimmung auftreten wird. Folgerichtig lässt sich ersehen, dass die objektive Darstellung von Ereignissen in keinem Widerspruch zur Befürwortung des kurdischen Kampfes - eine Befürwortung, die der Unterstützung von Gerechtigkeit und Wahrheit entspricht - steht.

Geschichtsschreibung ist keine Märchenerzählung. Daher mag so manche historische Schilderung trocken erscheinen. Geschichte gehört den Gesellschaftswissenschaften an; um den wissenschaftlichen Wert der

Geschichte zu bewahren, kann sie nicht stets leicht verständlich dargestellt werden. Wenn auch an mehreren Stellen versucht wurde, die Geschichte der DPKI einfach aufs Papier zu bringen, so hat es sich zeitweise dennoch als unmöglich erwiesen, zugunsten der wissenschaftlichen Exaktheit auf einen leicht verständlichen Stil zu verzichten.

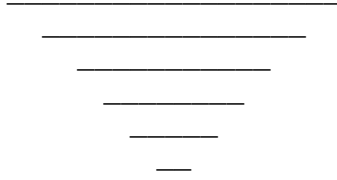
Die Geschichte der DPKI soll nicht die Biographie einiger Führer, Kader und Mitglieder darstellen. Die Geschichte der DPKI ist die Geschichte junkertausender Mitglieder, tausender Gefallener, genau genommen der gesamten Bevölkerung Kurdistans. Die demokratische Partei und das kurdische Volk bilden eine untrennbare Einheit. Ein beträchtlicher Teil dieser Geschichte spiegelt die Geschichte des Iran wieder.

Wie zuvor gesagt, verfügt die Geschichte über ihre eigene Dynamik und Triebkraft. Diese Triebkraft der Geschichte liegt in den Volksmassen. Im Grunde genommen ist die Geschichte der DPK Iran gleichzeitig die Geschichte des Kampfes des kurdischen Volkes um Freiheit und seinen legitimen Rechte. Diese kennt unzählige Helden: Tausende unvergessliche Gefallene, die ihr Leben für die Freiheit ihrer Nation hingaben, Hunderte ergebene Parteimitglieder, die sich jahrelang um die Verwirklichung der Parteipolitik bemühten - oft über Monate und Jahre hinweg in den Städten im Untergrund, in den Dörfern und Bergen Kurdistans ständig im Einsatz -, Tausende Söhne unseres Volkes, die jahrelang in den Gefängnissen des Schah- und Khomeini-Regimes trotz Folter standhaft blieben.

Sie alle sind Helden unserer Partei und unseres Volkes.

In der Geschichte dieses 40-jährigen Kampfes ist jedoch ein Hauptakteur zu nennen, der von Anbeginn bis zum heutigen Tage als Vorreiter auf dem Kampffeld wirkte, der gute wie auch schlechte Zeiten durchlebte, der trotz Niederlagen die Hoffnung nie aufgab und sich von Erfolgen nicht blenden ließ; der wagte Vorstöße, zog sich wieder zurück, aber setzte unbeirrbar seinen Kampf fort.

Der Hauptakteur dieser 40 Jahre Geschichte ist die Demokratische Partei Kurdistan-Iran.



I. Abschnitt

GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI KURDISTAN

1. Rückblick auf die allgemeine Lage in Iranisch-Kurdistan

Iranisch-Kurdistan umschließt die vier Westiranischen Provinzen West-Azerbaidjan, Kurdistan, Kermanshah und Ilam. Von der iranischen Regierung wird lediglich die Provinz Kurdistan (Hauptstadt Sina) offiziell als „Kurdistan“ bezeichnet. Iranisch-Kurdistan hat eine flächenmäßige Ausdehnung von 125.000 qkm (8 % der iranischen Gesamteinwohnerzahl). Von diesen 7 Millionen beträgt der Anteil der Bevölkerung, der in den Städten wohnt, 3 Millionen.

Zur Gründungszeit der Kurdischen Republik betrug die Einwohnerzahl Iranisch-Kurditans an die 3 Millionen, auf die städtische Bevölkerung entfielen etwa 300.00 Einwohner. Innerhalb der letzten 40 Jahre hat sich die Einwohnerzahl in den Städten verzehnfacht und einige große Städte sind neu entstanden. Heute zählt die Stadt Kermanshah über 1 Million Einwohner.

Die durchschnittliche Einwohnerdichte in Kurdistan liegt höher als der iranische Durchschnittswert. Das Jahr 1945 wies einen Bevölkerungsdichte von 24 Einwohner pro Quadratkilometer aus; derzeit beträgt die Bevölkerungsdichte 56 Einwohner pro Quadratkilometer, während die gesamtiranische Einwohnerdichte 25 Einwohner per qkm ausmacht.

In Iranisch-Kurdistan herrscht kontinentales Klima, da es weitab vom Meer liegt. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge liegt in Kurdistan höher als in anderen Regionen des Irans. Das herrschende Gebirgsklima ist gut verträglich.

Das Land ist gebirgig, die Zagros-Gebirgskette erstreckt sich vom Ararat bis zum Pischtko. Entlang der Grenze Iran-Irak sind die Gebirge von Wäldern bedeckt, um deren Bestand sich im Lauf der Geschichte niemand Gedanken machte. Die Bergbewohner, die im Allgemeinen über keinen anderen Brennstoff als Holz verfügen, verheizen es auf verschwenderische Weise und vernichten damit einen unersetzbaren Reichtum unseres Landes.

Im Jahre 1945 betrug die Analphabetenrate der kurdischen Bevölkerung 95 %, jene der Frauen 100 %. Heute, nach 40 Jahren, sind 60 % der Männer und 75 % der Frauen Analphabeten, die Analphabetenrate der Frauen in den Dörfern beläuft sich noch immer auf 95 %. Gemäß statistischer Angaben aus dem Jahr 1966 gab es für 50.000 Einwohner einen Arzt. Bis zum heutigen Tag hat sich die Lage nicht verbessert, da der Großteil der Ärzte Kurdistan verlassen hat und ins Ausland emigriert ist.

Ebenso wie vor 40 Jahren ist auch heute dem Großteil der kurdischen Landbevölkerung jede medizinische Versorgung unzugänglich.

Die Landwirtschaft stellt den Hauptwirtschaftssektor Kurdistans dar, die moderne Industrie liegt in der Entwicklung weit zurück.

Iranisch-Kurdistan bezieht 80 % seiner Einnahmen aus der Landwirtschaft, wovon die Viehzucht einen beträchtlichen Teil einnimmt. 5 Millionen Hektar Land beziehungsweise 40 % der Gesamtfläche Kurdistans sind landwirtschaftlich bebaubar, tatsächlich werden jedoch nur 24 % (1,2 Mio. Hektar) bewirtschaftet, d.h. unter 10 % der Gesamtfläche Kurdistans.

Vor Gründung der DPK befanden sich 78 % des Bodens in der Hand von Großgrundbesitzern, während nur 8 % im Eigentum der Bauern waren. Über 60 % der ländlichen Familien verfügten über kein Eigentum am Boden, 23 % besaßen weniger als 1 Hektar Land. 56 % des Bodens standen jedoch unter dem Eigentum der Großgrundbesitzer, die nicht mehr als 1 % der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Aus den Besitzverhältnissen an Grund und Boden der damaligen Zeit ersieht man, dass sich etwas 40 % des bebaubaren Landes unter der

Verfügungsgewalt einer Bevölkerungsschicht, die weniger als 0,002 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, befanden. Diese Schicht der Großgrundbesitzer besaß mitunter 10 bis 100 Dörfer.

Obwohl Iranisch-Kurdistan von den natürlichen Gegebenheiten her über Entwicklungsmöglichkeiten verfügt, ist es dennoch eine rückständige Region in einem unterentwickelten Land geblieben. Vorhandene Bodenschätze sind in Kurdistan noch größtenteils unerschlossen. Die Zentralregion hat in Kurdistan diesbezüglich noch keinen Schritt unternommen, sodass Kurdistan vom Gesichtspunkt wirtschaftlicher Entwicklung aus vermutlich vor den rückständigsten Regionen des Iran - wie z.B. Belutschistan - rangiert.

Betrachtet man die Entwicklungsphase bzw. Klassenstruktur in Kurdistan, so ist die Epoche des Feudalismus bereits überwunden. Von der feudalistischen Gesellschaftsstruktur sind nur noch Spurenelemente, sowie einige Gebräuche, erhalten geblieben.

Die Ökonomie Kurdistans wie des gesamten Irans befindet sich in der kapitalistischen Phase. Am Handel treibenden Bürgertum und Kleinbürgertum lässt sich der Kapitalismus in Kurdistan erkennen.

Die Industrie ist durch Rückständigkeit gekennzeichnet, vor allem die moderne Industrialisierung hat Kurdistan nicht berührt. Aus diesem Grund hat sich weder eine starke Industriebourgeoisie noch ein nennenswertes Industrieproletariat gebildet, weshalb die ökonomische und politische Rolle dieser Klassen von geringer Bedeutung ist.

Der Großteil der Bevölkerung Kurdistans setzt sich aus städtischen und ländlichen Werktätigen zusammen. In den Städten sind die mittleren Gesellschaftsschichten und Klassen Kurdistans angesiedelt, i.e. die Kleinbourgeoisie.

In der momentanen Kampfphase des kurdischen Volkes sind alle Klassen und Schichten am Kampf um Freiheit und nationale Rechte beteiligt. Es ist eine Tatsache, dass es heute in Kurdistan keine Klasse oder Schicht gibt, die sich gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes stellt. Fallweise treten Leute, die dieser oder jener Klasse angehören, gegen diesen Befreiungskampf auf. Dieses Phänomen lässt sich jedoch nicht als Gegenwehr einer Klasse oder sozialen Machtgruppe bewerten.

Aus demselben Grund werden die Forderungen nach Demokratie und Autonomie von der Gesamtheit des kurdischen Volkes unterstützt und das reaktionäre Regime in Kurdistan geschlossen abgelehnt. Eine Zusammenarbeit mit diesem Regime weist das kurdische Volk unter allen Umständen zurück.

2. Nationale und internationale Lage

Die Schlacht von Chaldiran ist ein bedeutender Wendepunkt in der Geschichte der Kurdischen Nation. In dieser Schlacht, die am 23. August 1514 zwischen der osmanischen Armee Sultan Selims und der Armee des Safaviden-Schahs Ismail stattfand, wurde Sultan Selim von den Kurden unterstützt. Die Schlacht endete mit der Zerschlagung der Armee Schah Ismails.

Dieses historische Datum kennzeichnet die erste Teilung Kurdistans zwischen dem Iran und dem Osmanischen Reich. 2)
Nach der Schlacht von Chaldiran bemühten sich beide Staaten um die Schaffung eines straffen zentralistischen Staatssystems. Diese Bestrebungen stießen auf den Widerstand der Kurden, die nicht bereit waren, die Herrschaft einer Zentralregierung ohne weiteres hinzunehmen.

Im Jahre 1608 wurde der tapfere Widerstand von Chani Lapzerin in der Festung Dimidim zur Legende. Dieser Aufstand wurde von dem Heer des Safaviden-Shahs Abbas niedergeschlagen. Nachfolgend richtete die Armee der Kizilbasch im Gebiet westlich des Urmia-Sees unter der kurdischen Bevölkerung ein gewaltiges Blutbad an.

Im Jahr 1639 unterzeichnete Schah Abbas und Sultan Murad ein Abkommen, das die Teilung Kurdistans vertraglich bestätigte. Bis zum heutigen Tage - nach 350 Jahren - wurde die Grenzlinie dieses Teils von Kurdistan nur geringfügigen Änderungen unterzogen, das einstmals kurdische Gebiet des Safaviden-Reiches ist iranisches Territorium geblieben. 3)

Im Verlauf der 470 Jahre, die uns von der Schlacht von Chaldiran trennen, setzten sich die Kurden des Irans immer gegen die Hegemonie Isfahans (ehemalige Hauptstadt des Irans) und Teherans zur Wehr.

Sie konnten ihre Selbständigkeit und Autonomie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bewahren. Die letzte Herrschaftsmacht der Ardalan (Hauptstadt Sina) blieb bis zum Jahre 1865 autonom.

Eine der größten kurdischen Erhebungen brach gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Im Jahr 1880, unter der Führung von Scheich Obeidullah Nahri aus. Der Scheich war zugleich religiöser Führer wie auch eine einflussreiche politische Persönlichkeit.

Im Verlauf dieses Aufstandes wurde das gesamte Gebiet zwischen dem Urmia- und dem Vansee befreit. Die Erhebung unter Scheich Obeidullah war die erste Bewegung der Kurden, die ein unabhängiges Land Kurdistan anstrebten; sie wurde durch die gemeinsame Intervention der türkischen und persischen Armee niedergeschlagen. Diese Bewegung hatte jedoch das Nationalbewusstsein der Kurden erneut aufflammen lassen und übte eine beträchtliche Wirkung auf den Einigungsgedanken der kurdischen Nation aus.

Während des 1. Weltkrieges wurde Kurdistan zum Schlachtfeld der an diesem Krieg beteiligten Armeen, vor allem der osmanischen und russischen Armee. Um das kurdische Nationalgefühl zu schwächen, schürten die Türken religiöse Vorurteile gegenüber den Nicht-Moslems,

wie Russen und Armeniern. Es gelangt ihnen tatsächlich, einen Teil der kurdischen Stämme für sich zu gewinnen und an dem blutigen Pogrom gegen die Armenier zu beteiligen.

Die iranischen Kurden mussten immer wieder Massaker und Plünderungen seitens der osmanischen und russischen Armee über sich ergehen lassen. Nach dem Ende des 1. Weltkrieges bot Kurdistan das Bild eines verwüsteten Landes mit einer verarmten, entkräfteten und vielfach obdachlosen Bevölkerung, die von Elend und Krankheit gezeichnet war.

Der Zerfall des Osmanischen Reiches nach Kriegsende ermöglichte den Kurden in der Türkei einen verstärkten Kampf um Freiheit und Anerkennung ihrer nationalen Identität. Im Vertrag von Sèvres im Jahr 1920 wurden die Rechte des kurdischen Volkes völkerrechtlich anerkannt, weiters wurde den Kurden das Recht auf Autonomie und sogar auf Unabhängigkeit bestätigt.

Auch im Irak formierte sich eine ausgedehnte nationale Bewegung unter der Führung von Scheich Mahmud Hafideh. Diese Entwicklung blieb in Iranisch-Kurdistan nicht ohne Auswirkungen. In den Jahren 1920 - 1922 gelang es Simko (Smail Aga), dem Führer des Stammes der "Schikak", das gesamte Gebiet des nördlichen Iranisch-Kurdistans unter seine Kontrolle zu bringen. Simko erklärte dieses Territorium für unabhängig und in Urmia wurde ein Manifest proklamiert, welches die Forderungen der kurdischen Bewegung enthielt.

1923 kam es in Suleymania zu einem Treffen zwischen Simko und Scheich Mahmud, in dessen Verlauf die Vereinigung beider Bewegungen und gemeinsame Forderungen erörtert wurden.

Im Jahre 1921 kam Reza Chan mit der Unterstützung Englands nach einem Militärputsch an die Macht und ließ sich im Jahr 1925 als Schah und Begründer der Pahlawi-Dynastie ausrufen. Die nationale Bewegung der Kurden unter Simko hatte bis zum Jahr 1930 nicht an Kraft verloren, was für Reza Chan ein beträchtliches Hindernis darstellte, eine zentralistische Herrschaft zu errichten. Simko wurde daher von einem Militäroberst auf heuchlerische Weise zu Verhandlungen in Ushnu eingeladen und dort am 21. Juni 1930 ermordet. 4)

Ein weiterer - von Jafar Sultan angeführter - Aufstand brach 1931 im Süden Iranisch-Kurdistans aus. Diese Erhebung versetzte die Zentralregierung in Panik, weshalb Reza Schah ein gewaltiges Armeekontingent nach Kurdistan entsandte und die Bewegung auf grausame Weise niederschlug.

In den Jahren 1924 bis 1930 leitete Hama Raschid Chan Baneh ebenfalls eine Reihe von Kampfaktionen gegen die iranische Armee. Diese Aktionen gingen - ähnlich der Erhebung von Jafar-Sultan - von Stammesinteressen aus und richteten sich im Wesentlichen gegen die zunehmende Macht der Zentralregierung. Hama Raschid wurde 1930 geschlagen und suchte daraufhin um politisches Asyl im Irak an.

Allmählich gelang es dem Teheraner Schah-Regime, seine Macht zu festigen und abgesehen von der kurdischen Bewegung auch den Widerstand anderer unterdrückter iranischer Völker in Luristan, Belutschistan, Chuzistan, Turkiman-Sahara und Azerbaidjan niederzuschlagen.

Des Weiteren ist es dem damaligen Schah-Regime zuzuschreiben, dass der Iran zum Schachbrett für die Pläne des englischen Imperialismus im Nahen Osten wurde. Während der 20 Jahre andauernden Diktatur Reza Chans erreichte die nationale Unterdrückung der iranischen Völker ihren Höhepunkt. Der iranische Chauvinismus wurde zur offiziell erklärten Politik des Pahlawi-Regimes.

Alle nichtpersischen Völker waren schärfster nationaler Unterdrückung ausgesetzt. Mit der Zielsetzung, das nationale, historische und kulturelle Erbe dieser Völker auszulöschen, wurde ein Plan zur Vernichtung des iranischen nichtpersischen Kulturgutes ausgearbeitet. Diese zerstörerische Strategie wurde über einen langen Zeitraum hinweg konsequent durchgeführt. Verfälschung der alten und neuen Geschichte, Namensänderung von Städten und Dörfern, das Verbot zahlreicher nationaler Gebräuche und sogar des Tragens der kurdischen Nationaltracht, alle jene Maßnahmen sollten dazu dienen, nur eine Nation im Iran gelten zu lassen, nämlich die persische Nation.

Die in altertümlicher lurischer Mundart verfassten Gedichte des berühmten Dichters Baba Taher wurden von so genannten "Literaten" abgeändert und ins Persische umgeschrieben.

Raschid Jasemi schrieb im Auftrag des Kulturministeriums das Buch "Die Kurden und ihre ethnisch-historische Zugehörigkeit", welches den Beweis erbringen sollte, dass die Kurden keine eigene Nation darstellen, sondern Perser sind.

In den Schulen, öffentlichen Ämtern und Dienststellen waren an den Türen Schilder angebracht mit der Aufschrift "Sprecht Persisch". Das Identitätsbewusstsein der Kurden war jedoch von einer solchen Unerschütterlichkeit, dass die brutale Assimilierungspolitik Reza Schahs - wie die Mustafa Kemals in der Türkei - völlig scheiterte. 5)

Als Reaktion auf diese gewaltsame Unterdrückung kam es in einigen Gebieten Kurdistans zu Stammeserhebungen. Im Jahr 1926 führte Mahmud Chan Kani Sanani einen Aufstand im Gebiet von Mariwan an, dem jedoch kein politisches Ziel zugrunde lag und nach kurzer Zeit niedergeschlagen wurde. Mahmud Chan flüchtete in den Irak.

In den Jahren 1928 - 1929 revoltierte der Stamm der Mangur unter Mullah Chail in der Umgebung von Mahabad gegen die Repressalien der Zentralregierung, allem voran gegen das Verbot der kurdischen Tracht. Es kam zu einigen Gefechten größeren Ausmaßes zwischen den

Kampfverbänden Mullah Chalils und der iranischen Armee. Im Jahr 1929 brach der Aufstand zusammen.

In der Region Sösnajeti Sardascht wurde eine weitere Bewegung unter Quecha Amar (Amar Pascha) von der iranischen Armee

1930 brach, in Verbindung mit der Ararat-Bewegung unter der Führung Ehsan Nuri Paschas, ein Aufstand der Galali-Stämme aus, welcher von Birho und Farzandeh angeführt wurde und bis zum Jahr 1931 andauerte. Diese Stammeserhebung wurde nach der Zerschlagung der Ararat-Bewegung von den beiden Staaten Iran und Türkei gemeinsam niedergeworfen.

Der Held Birho fiel im Kampf, nach seinem Tod sang die Bevölkerung dieses Gebietes in Gedenken an ihn folgendes Lied:

"Steh auf Birho, steh auf, steh auf!
warum hast du Ararat der Zerstörung preisgegeben...

Die Willkür und Gewalt der Gendarmen zermürbte die ländliche und städtische Bevölkerung. Die Gendarmen selbst versteckten in den Bauernhäusern Munition und Schmuggelware, um diese bei Hausdurchsuchungen zu "entdecken" und die Bauern zu verhaften. Zurzeit Reza Schahs war der Gendarm absoluter Machthaber in den kurdischen Dörfern.

Er nahm sich das Recht, über Besitz, Ehe und Leben der Bevölkerung zu bestimmen; mit einem Wort, der Gendarm war das Gesetz.

Die kurdische Jugend wurde zwangsweise zum Militärdienst einbezogen. Mit Recht sah die kurdische Bevölkerung den Militärdienst als Zwang an und verfasst dementsprechende Liedertexte.

In einem bekannten Lied wird eingangs das harte Leben des Soldaten besungen:

Sieben Kran im Monat, vier Schai am Tag,
was bleibt da noch für Zucker und Tee?

Darauf folgte der Ausdruck von Hass und Erbitterung gegen das Pahlewi-Regime:

Ich habe meinen Sohn
mit Zucker aus der Stadt aufgezogen,
Reza Schah hat ihn zum Militärdienst gezwungen.
Möge dein thron bald stürzen, Reza Schah,
der du die Kurden an die Front zwingst x)

x) zur damaligen Zeit gab es Zucker nur in den wohlhabenden Häusern, Kran und Schai waren die damaligen Währungseinheiten (Anmerkung des Übersetzers)

Immer wieder kam es dazu, dass Bewohner den täglichen Terror nicht mehr ertrugen und einen Gendarmen töteten. Manche verweigerten den Militärdienst, wurden als Deserteure verfolgt und suchten in den Bergen Zuflucht. Tausende Kurden wurden in andere iranische Regionen in Verbannung geschickt, viele von ihnen kamen ins berüchtigte Teheraner Gefängnis Ghasri Ghajar.

Am 25. August 1941 brach der angestaute Hass der kurdischen Volksmassen gegen das Pahlawi-Regime hervor. Innerhalb weniger Tage waren tausende Soldaten und Gendarmen entwaffnet und die Herrschaft der Zentralregierung in den meisten kurdischen Gebieten zusammengebrochen.

Nach Ausbruch des II. Weltkrieges zeigte Reza Schah Bestrebungen, sich dem nationalsozialistischen Deutschland zu nähern. Dies führte dazu, dass sich der Iran zum Aktionsfeld der deutschen Spionage entwickelte.

Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Sommer 1941 bildeten die UdSSR, die USA und England eine gemeinsame Front gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan. Am Verhandlungstisch richteten die Alliierten ihr Augenmerk auf den Iran, um einerseits dem deutschen Einfluss ein Ende zu bereiten und andererseits der Sowjetunion über den Iran materielle Unterstützung - hauptsächlich Waffen und Munition - zukommen zu lassen.

Man legte den 25. August 1941 als jenes Datum fest, an welchem die Rote Armee von Norden und die angloamerikanischen Streitkräfte von Süden in den Iran eindringen sollten. Die Diktatur Reza Schahs war nicht in der Lage, den geringsten Widerstand gegen die Armee der Alliierten zu leisten und wurde ohne Verzögerung entmacht.

Der Südiran gelangte unter die Kontrolle Englands und der USA, der Nordiran wurde von der Sowjetunion kontrolliert. Nach dem Sturz der Diktatur Reza Schahs genossen die politischen Parteien, deren Zahl sprunghaft angestiegen war, gewissen demokratische Freiheiten. Nach 20 Jahren Repression lebte die Freiheit im Iran neuerlich auf.

Während der südliche Teil Iranisch-Kurdistan von amerikanisch-britischen Truppen besetzt war, waren im nördlichen Teil bis zur Stadt Urmia die Truppen der Roten Armee stationiert. Das Gebiet um Mahabad war weder von den Westmächten noch von der Sowjetunion besetzt worden, weshalb sich eine spezifische Situation ergab. Dazu kam, dass die kurdische Nationalbewegung in diesem Gebiet auf eine lange Tradition zurückblickt.

Aus den angeführten Gründen trat die erste politische kurdische

Organisation "Komala Jianawei Kurd" (Vereinigung zur Kurdischen Wiedererstehung) im Gebiet Mahabad ins Dasein.

Am 16. August 1942 hatten sich 11. Persönlichkeiten in der Stadt Mahabad versammelt, um die Komala J. K. zu gründen. Die Komala J. K. war eine Untergrundorganisation, deren erklärtes Ziel die nationale Befreiung Kurdistans war. 6)

Offensichtlich war auch ein Vertreter der irakischen Kurden bei der Gründung anwesend. Mirhadj Achmed, Offizier der irakischen Armee, war anlässlich des Gründungstreffens entsandt worden, um die Hiwa-Partei zu vertreten. Die Hiwa-Partei war 1939 unter dem Vorsitz Rafikh Hilmis und Mahmud Jawdats von kurdischen Intellektuellen in Suleimania gegründet worden.

Die Grundsteinlegung der Komala J. K. leitete ein neues Kapitel in der Kampfgeschichte der Kurden Iranisch-Kurdistans ein, da erstmals eine politische Organisation geschaffen worden war. Die Gründer der Komala stammten aus der Mahabader Mittelschicht, die sich etwas dem Kleinbürgertum zuordnen ließ.

Damit war die althergebrachte Tradition gebrochen, die Führung einer Bewegung in die Hand eines Scheichs oder Feudalherrn zu legen.

Jeder, der der Komala J. K. beitrug, hatte einen Schwur zu leisten, die kurdische Nation niemals zu verraten, sich für ihre Befreiung einzusetzen, die internen Angelegenheiten der Komala geheim zu halten, alle Kurdinnen und Kurden als Schwestern und Brüder zu sehen und keiner anderen Organisation oder Partei ohne Zustimmung von Seiten der Komala beizutreten.

Struktur, Programm und Tätigkeit der Komala - ein detailliert ausgesuchtes Programm war nicht vorhanden, man hatte jedoch die grundsätzlichen Zielsetzung ausformuliert - wie auch die Organisationsform deuten darauf hin, dass die Komala J. K. eine nationalistische und sektiererisch geschlossene Organisation darstellte.

Aus diesem Grund konnte die Komala nicht die volle Unterstützung der breiten Volksmassen gewinnen, sondern blieb eine Untergrundorganisation mit einigen hundert Mitgliedern. Im April 1943 wurde auf dem Berg Choda Parast eine größere Mitgliederversammlung, die einem Kongress glich, abgehalten. Die Teilnehmer dieser Versammlung (ca. 100 Personen) beschlossen, die Zeitschrift "Nischtman" (Heimat) herauszugeben, die der Verbreitung von Gedankengut und Ideen der Komala J. K. dienen sollte.

Bei der Lektüre der Zeitschrift Nischtman gewinnt man den Eindruck, dass die damaligen Begründer und Führer der Komala über die internationale politische Lage und den Freiheitskampf anderer Völker unzureichend informiert waren. In der Zeitschrift Nischtman wird die britische Regierung nicht nur als Freund der Kurden dargestellt,

sondern darüber hinaus als Fahnenträger der Freiheit aller Völker einschließlich des kurdischen Volkes bezeichnet.

Ohne frage ist eine politische Führung, die die nationale Befreiung der Kurden anstrebt, diese Forderung jedoch mit Hilfe großbritanniens - der damals größten Kolonialmacht - durchsetzen will, völlig irrigen Anschauungen verfallen.

Wie allgemein bekannt und durch die Geschichte selbst bestätigt ist, war die britische Regierung zu einem guten Teil verantwortlich für die Unterdrückung und Misere der kurdischen Nation, vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts und während des I. Weltkrieges bis zur Gründungszeit der Komala J. K..

Die Tatsache, dass die kurdische Nation trotz Anerkennung bei internationalen Konferenzen und den im Vertrag von Sèvres zuerkannten Recht auf Unabhängigkeit ihre Rechte dennoch nicht durchsetzen konnte, ist den Machenschaften Großbritanniens zuzuschreiben.

Wenn auch England zum damaligen Zeitpunkt eine gemeinsame Front gegen den Faschismus mit der UdSSR und den USA eingegangen war, so rechtfertigt dies noch lange nicht eine derartige Politik. Ebenso kann es keine Rechtfertigung dafür geben, dass eine kurdische politische Partei, deren Gründungszweck die nationale Befreiung der Heimat war, genau vor jenem Staat, welcher in der Vergangenheit die Unterdrückung des kurdischen Volkes gefördert hatte, die Freiheit erwartete.

Dessen ungeachtet gelang es der Komala, das Nationalbewusstsein der Kurden in Iranisch-Kurdistan zu stärken und in Mahabad wie auch in einigen anderen Gebieten Fuß zu fassen.

Die Komala schuf als erste starke politische Organisation der Kurden in Iranisch-Kurdistan die Basis und Voraussetzungen zu Gründung der demokratischen Partei Kurdistan. Zu dem Zeitpunkt, als die Komala J. K. gegründet wurde und ihre politischen Aktivitäten begann, war das Weltgeschehen vom Kampf gegen den Faschismus geprägt. Europa, Asien und Afrika befanden sich im Kriegszustand.

Damals hatte es den Anschein, als ob Hitlers Deutschland, Mussolinis Italien und Hirohitos Japan im Krieg die Oberhand behielten. Gegen die Achsenmächte trat jedoch nicht nur die gewaltige militärische Macht der Alliierten an, auch der Befreiungskampf unterdrückter Völker gegen den Nationalsozialismus in Europa, gegen Japan in Asien und gegen Italien in Afrika organisierte sich von Tag zu Tag mehr und gewann zunehmend an Dynamik.

Der Sturz der Diktatur Reza Schahs wie auch der weltweite Kampf gegen den Faschismus hatten ein breites Aktionsfeld für den Kampf des kurdischen Volkes in Iranisch-Kurdistan geschaffen. Allerdings war die Komala eine geschlossene nationalistische Untergrundorganisation, die sich nicht an die kurdischen Volksmassen wandte. Der neuen Situation in Iranisch-Kurdistan war sie nicht gewachsen.

Die Entfaltung der kurdischen Bewegung, die sich in organischem Zusammenhang mit einer noch nie da gewesenen Entwicklung der iranischen Gesamtbewegung befand, bedurfte einer einigenden demokratischen und offenen Organisation, ausgestattet mit einem klar ausformulierten Programm für die Volksmassen.

In den Jahren 1943 - 1945 (als die Komala ihre politischen Anschauungen in der Zeitschrift Nischman veröffentlichte) zeigte sich deutlich, dass die Komala J. K. nicht mehr jene Organisation verkörperte, welche die ständig wachsende Bewegung der Volksmassen in Iranisch-Kurdistan anführen konnte.

Sowohl die Zusammensetzung der Delegierten als auch der - auf der Versammlung von 1943 gewählten - Führung war so beschaffen, dass sie politisch nicht in der Lage waren, den kurdischen Kampf mit den Bewegungen der iranischen Völker zu verknüpfen und - basierend auf einer Analyse der realen Gegebenheiten des Landes - Programm und Parole der eigenen Organisation auszuarbeiten.

All diese Faktoren, die Etablierung demokratischer Freiheiten und das Voranschreiten der demokratischen Bewegung im gesamten Iran wie auch die Niederlage Hitler-Deutschlands und der Sieg der Völker über den Faschismus bereiteten den Weg zur Gründung einer Vorhutpartei, die dem neuen Zeitgeist entsprach und erstmalig in der Geschichte des kurdischen Volkes dessen jahrhundertealte Hoffnung verwirklichen würde.

Die Schaffung einer solchen Partei war von historischer Notwendigkeit, die Voraussetzungen dazu waren bereits gegeben.

3. Die Gründung der Demokratischen Partei Kurdistan

Die demokratische Partei Kurdistan wurde am 16. August 1945 in Mahabad gegründet, wo sie auch ihr Parteiprogramm bekannt gab. Die Gründung der DPK stellte einen bedeutsamen Wendepunkt in der Kampfgeschichte des kurdischen Volkes dar und symbolisierte zugleich den Entstehungsbeginn fortschrittlicher und moderner politischer Parteien und Organisationen.

Da in der Geschichte der kurdischen Nation nie eine solchermaßen fortschrittliche Partei mit einem festen Programm existiert hatte, gewann die DPK von Anbeginn die Unterstützung aller Klassen und Schichten der kurdischen Gesellschaft. Damals sah sich die Partei vor drei Hauptaufgaben gestellt:

- I. Die Einigung und Mobilisierung der kurdischen Bevölkerungsmassen unter einem Banner, gestützt auf ein politisches Programm mit klaren Konturen.
- II. Die Verknüpfung des Kampfes des kurdischen Volkes mit dem Kampf anderer iranischer Völker, um gegen Faschismus und für Demokratie zu kämpfen. Zu dem Zeitpunkt, als die DPK gegründet wurde, waren

in anderen Regionen des Irans bereits Dutzende politische Parteien entstanden. Die Komala J. K. hatte es jedoch nicht geschafft oder es war ihr nicht möglich, ihren Kampf mit der Gesamtbewegung der iranischen Völker zu verbinden. Tatsächlich war die politische Anschauung der Komala das Haupthindernis bei der Aufnahme freundschaftlicher Kontakte und der Zusammenarbeit mit den nichtkurdischen fortschrittlichen Organisationen und Parteien.

III. Die international Unterstützung aller freiheitsliebenden und antifaschistischen Kräfte für den Kampf um die legitimen Rechte des kurdischen Volkes und seien nationale Befreiung zu gewinnen.

Diese Aufgabe war insofern von Bedeutung, als sich während jener Jahre viele Völker, vor allem in Europa, in einem erbitterten Kampf gegen den Faschismus befanden. Die Teilnahm des kurdischen Volkes am Kampf gegen den Faschismus unter der Führung der DPK bedeutete einerseits, dass die kurdische Bewegung erstmals am weltweiten Freiheitskampf teilnahm, andererseits bot sich die Möglichkeit, internationale Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte für den legitimen Kampf der Kurden zu gewinnen.

Vor allem die Präsenz der, am weltumspannenden Kampf gegen den Faschismus beteiligten, sowjetischen Armee im Iran, ihre damalige freundschaftliche Politik gegenüber den Kurden und ihre Unterstützung der kurdischen Befreiungsbewegung sowie der DPK trugen dazu bei, dass der Kampf des kurdischen Volkes zum erstmal in der Geschichte mit dem globalen Freiheitskampf gegen Faschismus um Imperialismus verbunden wurde.

Damit die DPK ihre drei fundamentalen Aufgaben erfüllen konnte, war es für sie vor allem notwendig, ein politisches Programm zu präsentieren. Dieses Programm wurde, in acht Punkte untergliedert, mit folgendem Wortlaut proklamiert:

**Im Namen Gottes
Proklamation der Demokratischen Partei Kurdistan**

Mitbürger! Brüder!

Die Flammen des Weltkrieges, von den Feinden der Freiheit und Demokratie entfacht, sind durch den starken Arm der Streitkräfte unserer Verbündeten erstickt worden. Die demokratische Welt ist als Sieger hervorgegangen und der Faschismus, der die Unterjochung von Völkern und Nationen durch einige wenige Diktatoren angestrebt hatte, wurde endgültig zerschlagen.

Wie erhofft, hat sich für Völker und Nationen das Tor zur Freiheit geöffnet. Heute sind die Völker - unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Größe - entschlossen, diese Chance zu nützen und die Versprechungen, die in der Atlantic Charta enthalten sind, beim Wort zu nehmen, die

Verwaltung ihrer Angelegenheiten selbst in die hand zu nehmen und ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Wir, im Iran lebenden Kurden, mussten jahrhundertlang um unsere nationalen und regionalen Rechte kämpfen und haben schwere Opfer auf uns genommen. Bedauerlicherweise sind die diktatorischen Autoritäten im Iran unter keinen Umständen bereit, unsere verständlichen Forderungen zu akzeptieren. Selbst jene Rechte, welche für die iranischen Provinzen in der Verfassung verankert sind, ließ man uns nicht ausüben.

Man beantwortete unsere Forderungen stets mit Gewehrkugeln, Bomben, Gefängnisstrafen und Verbannung. Während der zwanzigjährigen Diktatur Reza Chans war uns nicht einmal das Tragen der kurdischen Tracht erlaubt. Unter den Bajonetten der plündernden und raubenden Offiziere wurde unser Hab und Gut vernichtet, unsere Lebensgrundlage zerstört und unsere ehre geschändet. Man scheute keine bestialische Methode, um unsere Generation zu entwurzeln.

Auch wir sind Menschen, auch wir haben eine eigene Geschichte, eine eigene Sprache und eigene Traditionen, die wir lieben. Warum sollte man unsere Rechte mit Füßen treten? Warum können wir nicht in unserem eigenen Haus frei und unabhängig leben? Weshalb dürfen unsere Kinder nicht in kurdischer Sprache unterrichtet werden? Warum verhindert man in Kurdistan die Errichtung eines autonomen Staates sowie die Verwaltung durch einen Provinzrat, wie es in der Verfassung vorgesehen ist?

Verehrte Mitbürger, wir dürfen nicht vergessen, dass Rechte nicht verschenkt werden, sondern erkämpft werden müssen. Wir müssen um unsere Rechte, um nationale und regionale Selbstbestimmung kämpfen.

Dieser Kampf erfordert Einheit, Organisation und Vorhut. Zu diesem Zweck wurde die DPK gegründet und nimmt nun ihre Arbeit auf.

Liebe Mitbürger, haltet Augen und Ohren offen! Schart Euch um die Partei Eurer Nation und scheut keine Opfer, um Eure legalen nationalen Rechte zu erringen.

Die DPK ist Euer politischer Führer und Wegweiser. Nur unter ihrer Fahne wird es gelingen, die kurdische Nation vor der drohenden Vernichtung zu bewahren, ihre nationale Ehre zu erhalten und innerhalb der iranischen grenzen Autonomie durchzusetzen. Mitbürger, wir fordern nicht mehr als unsere legitimen Menschenrechte.

Unsere Grundsätze sind in folgenden Punkten zusammengefasst, lest sie und verbreitet ihren Inhalt unter der kurdischen Bevölkerung:

1. Die kurdische Nation hat das Recht darauf, in Freiheit zu leben, lokale Angelegenheiten selbstständig zu verwalten und innerhalb der iranischen grenzen Autonomie zu genießen.
2. Das kurdische Volk muss das Recht auf Unterricht in seiner

Muttersprache haben. Die offizielle Verwaltungssprache soll demnach die kurdische Sprache sein.

3. Auf der Grundlage der Verfassung wird in naher Zukunft ein Provinzrat in Kurdistan gewählt, um die Verwaltung aller administrativen und sozialen Angelegenheiten zu lenken und zu beaufsichtigen.
4. Die Verwaltungsbeamten müssen ausnahmslos der ansässigen Bevölkerung angehören.
5. Auf der Grundlage eines allgemeinen Gesetzes wird ein Vertrag zwischen den Bauern und Großgrundbesitzern abgeschlossen, um die Zukunft beider Parteien zu sichern.
6. Die DPK strebt Zusammenhalt und Bruderschaft im Besonderen mit der azerbaidjanischen Nation und den in Azerbaidjan lebenden Minderheiten (Assyrer, Armenier usw.) an.
7. Die DPK macht es sich zur Aufgabe, die Entwicklung von Landwirtschaft und Handel zu fördern, das Kultur- und Erziehungswesen sowie die medizinische Versorgung auszubauen, die materielle und geistige Lebensgrundlage des kurdischen Volkes zu verbessern und die natürlichen Reichtümer Kurdistans zu erschließen.
8. In Hinblick auf das Wohlergehen und den Fortschritt unseres Landes fordern wir für alle Völker des Irans das Recht auf freie politische Tätigkeit.

Obwohl dieses Programm in aller Kürze in nur acht Punkten formuliert war, beinhaltet es dennoch sämtliche grundsätzliche Forderungen des kurdischen Volkes.

Der erste Punkt betrifft die Forderung nach Autonomie innerhalb der Grenzen des Irans. Dieses Ziel ist von der DPKI bis heute beibehalten worden, da die Partei von Anfang an die Ansicht vertrat, dass Selbstbestimmungsrecht in Iranisch-Kurdistan in Form von Autonomie realisierbar sei. Der Kern dieser Forderung ist das Selbstbestimmungsrecht, allerdings in Form von Autonomie.

Im achten Punkt des Programms setzt die Demokratische Partei Demokratie im gesamten Iran als Gewährleistung für landesweiten Fortschritt voraus. Daraus ist ersichtlich, dass die DPK seit ihren Anfängen die Forderung nach Autonomie für Kurdistan nicht von der Forderung nach Demokratie für den Iran getrennt hat.

Der zweite Punkt betrifft das Verlangen nach offizieller Anerkennung der kurdischen Sprache, im dritten und vierten Punkt wird das Verhältnis zwischen Zentralregierung und autonomem Gebiet determiniert.

Damit werden zwei grundlegende Forderungen der Autonomie klargelegt:

An erster Stelle steht die Sprache als markantestes kulturelles Merkmal jeder Nation. Die Anerkennung der kurdischen Sprache ebnet den Weg für das Erlangen weiterer Rechte des kurdischen Volkes, schafft die Voraussetzungen für den Unterricht der kurdischen Kinder in ihrer Muttersprache und bedingt eine günstige Ausgangsposition für die Entfaltung der kurdischen Kultur.

Von weitreichender Bedeutung für die Autonomieverwaltung war die Festlegung des Verhältnisses zwischen einem autonomen Kurdistan und der Zentralregierung, insbesondere das Abstecken von Kompetenzbereichen der Autonomieverwaltung. Hier nutzte die Demokratische Partei sehr geschickt die Tatsache, dass die Institution des Provinzrates damals bereits in der iranischen Verfassung vorgesehen war. Allerdings war die Schaffung eines Provinzrates seit dem Inkrafttreten der Verfassung bzw. seit dem Konstitutionalismus weder in Kurdistan noch irgendwo sonst im Iran verwirklicht worden.

Wenn darauf hingewiesen wird, dass alle Regierungsbeamten der autonomen Region Kurden sein müssen, so stellt diese eine legitime Forderung dar. Keineswegs war damit jedoch gemeint, dass all jene, die in Kurdistan arbeiten, Kurde sein müssen. Nur für die Verwaltungsinstanzen wird diese Bedingung geltend gemacht, denn das kurdische Volk hatte nach einem langen Erfahrungszeitraum erkannt, dass die Zentralregierung niemals die Realisierung einer Selbstverwaltung Kurdistans zulassen würde.

Dementsprechend waren die verantwortungsvollen Positionen immer mit aus Teheran kommenden Beamten besetzt worden, die als verlängerter Arm der Zentralregierung in Kurdistan Macht ausübten. Die Forderung, dass ausschließlich Kurden Beamtenposten bekleiden dürfen, begründet sich in dem Bestreben der kurdischen Bevölkerung, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben und in der Heimat kein Fremder zu sein.

Im sechsten Punkt findet die internationale Orientierung der DPK ihren Niederschlag. Dieser Punkt fordert die legitimen Rechte des kurdischen Volkes und schließt zugleich die Unterdrückung anderer Nationen wie Azerbaidjaner, Assyrer, Armenier etc. aus. Indem die DPK Autonomie für Kurdistan verlangt, strebt sie gleichermaßen brüderliches und freundschaftliches Zusammenleben mit diesen Völkern an. Dies ist genauso genommen einer der Kernpunkte, der die Demokratische Partei Kurdistan von der Komala J. K. unterscheidet. Die DPK hatte sich seit ihrer Geburtstunde an den Grundsätzen des Internationalismus orientiert.

#Das bloße Erlangen von Autonomie ohne Beseitigung von Armut, ohne Entwicklung im Wirtschafts- und Erziehungswesen, Verbesserung der

medizinischen Versorgung und Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung wäre eine inhaltslose Zielsetzung. Deshalb wurde im siebenten Punkt festgelegt, dass die Demokratische Partei in diesem Sinne alle Möglichkeiten und Naturreichtümer nutzen wird. Die Demokratische Partei sprach nicht über Industrie, sondern nur über Landwirtschaft und Handel, denn zum damaligen Zeitpunkt gab es keine Industrie in Kurdistan.

Dein Blick ins derzeitige Programm der DPKI, welches 38 Jahre nach Parteigründung auf dem 6. Kongreß im Jänner 1984 ratifiziert wurde, zeigt, dass die meisten der heutigen Hauptforderungen bereits in den acht Punkten des ersten Parteiprogramms enthalten waren.

Eine der Ursachen für Erfolg und Beliebtheit der DPKI bei der kurdischen Bevölkerung ist ihre Entschlossenheit in der politischen Zielsetzung. So sind seit dem Gründungstag der Partei die grundlegenden Parolen und Ziele dieselben, wie sie es vor 40 Jahren im ersten Programm der DPK waren. Zieht man die rückständige Lage des damaligen Kurdistan in Betracht, dann war dieses Programm revolutionär und fortschrittlich, in der Geschichte des kurdischen Volkes beispiellos.

Doch konnte man - wie bereits gesagt - aufgrund der allgemeinen Rückständigkeit nicht erwarten, dass sämtliche Punkte dieses Programms wissenschaftstheoretisch ausgearbeitet gewesen wären und den Forderungen aller demokratischen Klassen und Schichten in Kurdistan entsprochen hätten.

Grund und Boden befanden sich damals zum großen Teil im Besitz der Großgrundbesitzer; die Unterdrückung in den kurdischen Dörfern hatte ein Höchstmaß erreicht.

Im Programm der DPK forderte man keine Bodenreform oder mehr Rechte für die Bauern, sondern sprach von einem Vertrag zwischen Bauer und Großgrundbesitzer. Diese Zielsetzung mutet selbstverständlich in der heutigen Situation konservativ an. Zu jener Zeit jedoch, als die Grundherren die Bauernschaft ohne gesetzliche Einschränkungen unterdrückten - selbst wenn es Bestimmungen und Gesetze zum Schutz der Bauern gegeben hätte, wären diese von den Großgrundbesitzern gebrochen worden -, in einer solchen Zeit bedeutete das Bestreben der autonomen Regierung einer solchen Zeit bedeutete das Bestreben der autonomen Regierung Kurdistans nach einem allgemeinen Gesetz einen Schritt vorwärts.

Mit anderen Worten, der fünfte Punkt wird dem Anspruch auf eine radikale und revolutionäre Forderung nicht gerecht, sondern beinhaltet eine reformistische Forderung. Man setzte sich keine fundamentale Umgestaltung der kurdischen Gesellschaft zum Ziel, sondern eine gesellschaftliche Reformierung unter Beibehaltung der bestehenden Ordnung. Zweifelsohne ließ auch die Zusammensetzung der damaligen Führung der DPK, die aus der Komala J. K. hervorgegangen war, nicht zu, dass revolutionäre Forderungen zugunsten der Werktätigen ins Programm einbezogen worden wären.

Nach einer erhalten gebliebenen Statistik waren über die Hälfte aller ZK-Mitglieder Großgrundbesitzer, der übrige Teil setzte sich aus Beamten und Intellektuellen aus der städtischen Kleinbourgeoisie zusammen. Es würde jeder Logik entbehren, von Großgrundbesitzern die Erstellung eines fortschrittlichen Programms zugunsten der Bauernschaft zu erwarten. An eine Bodenreform war nicht zu denken, da eine derartige Forderung unter den damaligen Verhältnissen fernab jeder Realität gewesen wäre.

Die Klassenstruktur der ehemaligen kurdischen Gesellschaft spiegelte sich in der Partei und ihren Aktivitäten, sowie bei der Erstellung des Parteiprogramms wieder. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Schwächung der Reaktion, die Entwicklung der demokratischen Kräfte wie auch das Herstellen einer freundschaftlichen Beziehung mit der Sowjetunion sicherlich ihre Wirkung auf die kurdische Nationalbewegung im Iran hatte.

Diese trug dazu bei, dass die DPK einen Schritt weiter ging, als es ihre Struktur erlaubt hätte. In den acht Programmpunkten der DPK gibt es einiges zu bemängeln, besonders wenn man einen Vergleich mit dem heutigen Parteiprogramm zieht. Diese Mängel sind allerdings nicht auf die Veränderungen in Kurdistan während der letzten vierzig Jahre zurückzuführen; es wäre jedoch ungerechtfertigt an das ehemalige Programm heutige Ansprüche zu stellen.

Folgende Mängel sind zu nennen: Auch für damalige Verhältnisse hätte das Programm genauer ausgearbeitet werden können. Etliche Punkte wurden keiner gründlichen Analyse zugrunde gelegt, sondern man behandelte sie allgemein. Zu manchen Fragen fehlen klare Stellungnahmen, so etwas bezüglich Gendarmerie, Sicherheitskräfte, Polizei, Peschmerga-Verbände und Armee.

Was die Forderung nach Autonomie anbelangt, so wurde in diesem Zusammenhang die regionale Ausdehnung Kurdistans nicht definiert. Die Stadt Mahabad gehörte damals zu Provinz West-Azerbaidjan. Der Begriff "Kurdistan" schloss Autonomieanspruch nicht nur für Mahabad sondern auch für ganz Kurdistan ein, wobei jedoch die Grenzen dieses Kurdistan nicht bestimmt worden waren.

Aufgrund 40jähriger Erfahrung ist sich die Demokratische Partei heute der Wichtigkeit dieser Frage bewusst, denn bereits nach Gründung der Kurdischen Republik bot sie Anlass zu Konflikten mit der Volksregierung von Azerbaidjan.

Zusammenfassend lässt sich dennoch sagen, dass das Parteiprogramm für seine Zeit inhaltsreich und fortschrittlich war. Auch heute noch ist es das Ziel unserer Partei, die Hauptforderungen dieses Programms zu verwirklichen. Wenn eine Partei ihr - Vor 40 Jahren ausgearbeitetes - Programm grundsätzlich für richtig hält und um dessen Realisierung kämpft, so ist dies ein stichhaltiger Beweis für die Richtigkeit und Fortschrittlichkeit des ersten Programms.

Es ist anzunehmen, dass die Vorbereitung dieses Programms die Aufgabe

Qazi Mohammeds gewesen ist. Er trat der Komala bei, als deren politische Aktivitäten sich bereits dem Ende näherten und profilierte sich in der Organisation rasch als angesehen und hervorragende Persönlichkeit.

Obwohl er der Komala später als die meisten anderen beigetreten war, wurde praktisch zum Führer der Organisation. Als die DKP gegründet wurde, war zu erkennen, dass sich Qazi Mohammed mehr als jeder andere der Tatsache bewusst war, dass sie Komala J. K. mit ihrem Aufbau und Organisationskonzept den Kampf des kurdischen Volkes nicht anführen konnte.

Daher ist an erster Stelle er derjenige gewesen, der die Gründung der DKP initiierte und Einfluss auf die Formulierung des Parteiprogramms nahm.

Zu Recht wird Qazi Mohammed als Begründer der Demokratischen Partei Kurdistan angesehen. Er war wahrhaftig eine überragende Persönlichkeit unter den damaligen Führern der DKP. Er war den anderen an Wissen und Erfahrung voraus und abgesehen von eigen Intellektuelle auf sich allein gestellt.

Heute können wir ermesen, wie groß die Verantwortung war, die er zu tragen hatte.

4. Die Ergebnisse 160-tägiger Parteiaktivität

Nach der Gründung der DKP und der Veröffentlichung ihres Programms sah sich die Partei vor äußerst wichtige Aufgaben gestellt.

Man brauchte kein vorausblickender Politiker zu sein, um zu erfasse, dass in den kommenden Monaten tief greifende Ereignisse im gesamten Iran stattfinden und von Azerbaidjan und Kurdistan ausgehen würden. Die Zeit war knapp. Die DKP musste all ihre Kraft einsetzten, und sich auf die bevorstehenden Ereignisse umsichtig vorbereiten. Zunächst verbreitete die Partei unter der Bevölkerung ihr Programm, welches die Hauptanliegen des kurdischen Volkes enthielt. Bereits nach kurzer Zeit hatte man die Unterstützung des Großteils der Bevölkerung gewonnen, besonders in jenem Gebiet, wo später die Kurdische Republik gegründet wurde. Es gelang der DKP relativ rasch, nationales Bewusstsein und demokratisches Ideengut in Kurdistan zu verbreiten.

Es ist kaum verwunderlich, dass die Diktatur Reza Chans - die jedes Anzeichen von der Existenz der kurdischen Nation unterdrückte - mit ihrer Politik vielmehr ein Erstarken des Nationalbewusstseins des kurdischen Volkes bewirkte.

Kommunikation mit den kurdischen Bevölkerungsmassen, Aufklärungsarbeit sowie Stärkung des kurdischen Nationalbewusstseins war eine der wesentlichen Aufgaben, die die Partei erfüllte. Wenn auch die Stärkung des nationalbewusstseins der volksmassen weniger schwer in Angriff zu nehmen war, so stellte dagegen die Verbreitung demokratischer Prinzipien in Kurdistan keine leichte Aufgabe dar. Die kurdische Gesellschaftsstruktur war derart beschaffen, dass die Stammesführer, Großgrundbesitzer und Scheichs über absolute Macht verfügten. Selbstverständlich war es nicht in ihrem Sinn, wenn nun demokratische Ideen in Kurdistan verbreitet würden.

Wenn sie auch Nationalbewusstsein befürworteten - da sie selbst unter Reza Schahs nationaler Unterdrückung litten -, so war jedoch die Verbreitung demokratischer Grundsätze gegen ihr Interesse, weil sie ihre Privilegien gefährdet sahen. Folglich traten sie gegen diese Prinzipien auf.

Die Gründung einer Organisation nach modernen Richtlinien war ein neues Phänomen und der Bevölkerung fremd.

Dazu kam, dass die kurdische Nation seit den Anfängen ihrer Geschichte einer organisierten Ordnung gegenüber eine misstrauische Haltung eingenommen hatte, da Organisation hauptsächlich von der Zentralregierung unter Zwangsausübung ausgegangen war, wogegen das kurdische Volk immer erbitterten Widerstand geleistet hatte.

Daher verbanden die Kurden im Laufe der Geschichte das Wort "organisieren" mit Soldatenaushebung und Tributzahlung. Diesen zwei Zwangsmaßnahmen seitens der Zentralregierung hatten sich die Kurden immer widersetzt. Darum lässt sich das kurdische Volk auch heute noch nicht leicht unter den Prinzipien einer modernen Organisation vereinen.

Rückblickend kann man sagen, der damaligen Parteiführung gelang es, ein entsprechendes Programm vorzulegen, eine aufrichtige Politik zu führen und die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Hingegen war das Verbindungsglied zur Bevölkerung, nämlich Parteikader, die den Bevölkerungsmassen Programminhalte näher bringen sollten, zu jenem Zeitpunkt noch nicht vorhanden. Die Demokratische Partei verfügte über eine äußerst geringe Anzahl von gebildeten und politisch erfahrenen Parteikadern.

Was den militärischen Bereich betraf, so war die Lage günstiger, da die Kurden prinzipiell eine höhere Bereitschaft für militärische Angelegenheiten und bewaffneten Kampf zeigten. Dafür sprechen die historischen Belege.

Es fehlte jedoch an politischen Kadern - vor allem Organisationskadern

- sowie an der Möglichkeit, solche auszubilden. Auch zeigten sich die wenigsten Parteimitglieder daran interessiert, als Kader in der Organisation tätig zu sein.

Wahrscheinlich glaubten damals überhaupt wenige in den Führungsrängen der DKP an die Notwendigkeit einer Organisation, wie sie heute besteht.

Sogar Jahre nach der Zerschlagung der Republik Kurdistan sprachen viele Leute, die führende Positionen in der Republik innegehabt hatten, lediglich über die schlechte finanzielle Lage oder über den Mangel an Waffen, Munition und Lebensmitteln, sobald die Rede auf die damals herrschenden Missstände kam. Kaum irgendjemand wies jedoch darauf hin, dass der große Schwachpunkt der DKP wie auch der Republik Kurdistan das Fehlen einer straffen Organisation war.

Zur damaligen Zeit glaubte nur eine verschwindende Minderheit an die Parole, die sich später in unserer Partei durchsetzen sollte: "Organisation ist unsere stärkste Waffe".

Trotz all dieser Schwierigkeiten fasste die Partei in Mahabad - damals eine Stadt mit 15 - 20.000 Einwohnern - Fuß und gewann die Unterstützung der großen Mehrheit der Bürger dieser Stadt.

In den ländlichen Regionen konnte die DKP nur wenig Erfolge verzeichnen, nicht nur wegen Vorbehalten der Bevölkerung gegen jegliche Organisation, sondern auch wegen der Agas, Großgrundbesitzer, Stammesführer und Scheichs, die sich als Hindernis in den Weg stellten.

Es kam zu der Situation, dass sich diese Machthaber bei der Partei als Bauernvertreter präsentierten, so als ob die Bauern sie gewählt hätten. Tatsächlich wählten sie sich selbst und die Republik hatte auch mit ihnen zurechtzukommen. So können wir sehen, dass im Zentralkomitee, unter den hochrangigen Offizieren und bei allen Delegationen der Demokratischen Partei nach Tabris oder Baku Stammesführer und geistliche Würdenträger als Vertreter der DPK zu finden waren.

Einige der Stammesführer reisten zweimal nach Baku in die Sowjetunion. Während ihrer zweiten Reise am 12. September 1945 (nach Gründung der DKP) schein ihnen aufgrund des dort Gesehenen und Erlebten die Lebensweise und das System eines sozialistischen Staates klar geworden zu sein; ebenso verstanden sie, dass eine Entwicklung demokratischer Verhältnisse in Kurdistan sowie eine freundschaftliche Beziehung zwischen der Kurdischen Republik und der Sowjetunion die Klasseninteressen der Stammesführer und Großgrundbesitzer gefährden würden.

Wahrscheinlich war dies einer der Gründe, weshalb die Stammesführer gegen die Republik Kurdistan front machten. Aus Furcht vor sowjetischer Unterstützung der kurdischen Bewegung demonstrierten sie ihre

Unterstützung für die Demokratische Partei und die Kurdische Republik. Später sollte sich aber herausstellen, dass die meisten von ihnen zu keiner aufrichtigen Zusammenarbeit mit der Partei und der Republik gewillt waren und auch als Funktionäre der Republik Kurdistan auf verschiedenste Weise heimlich Kontakte mit dem Schah-Regime in Teheran gepflegt hatten.

Da die Ereignisse eine politische Machtübernahme durch die DKP begünstigte, hatte sich die Partei auf diese umfassende Aufgabe vorzubereiten.

Man kann nicht behaupten, die Parteiführung hätte diesbezüglich ein genaues Konzept ausgearbeitet. Die politisch feinfühlig Menschen hatten damals jedoch sehr wohl wahrgenommen, wie der Lauf der Geschehnisse auf eine unmittelbar bevorstehende Machtübernahme der Partei hindeutete. Die Ereignisse des Herbstes 1945 in Azerbaidjan bestätigten diese Vorzeichen.

Am 25. August 1945 wurde die Demokratische Partei Azerbaidjan (Firkai Demokrat) gegründet und absorbierte rasch die Organisation der Tudeh-Partei in Azerbaidjan. Sie begann nach kurzer Zeit die Volksmassen - vor allem die Bauern - zu bewaffnen und eine bewaffnete Bewegung zu organisieren.

Diese Lage hielt bis 11. Dezember 1945. An diesem Tag fiel die Kaserne von Tabriz in die Hände der Azerbaidjaner Fidais und die Nationalregierung trat in Azerbaidjan offiziell an die Macht.

Am 17. Dezember 1945 wurde in Kurdistan das letzte Herrschaftsinstrument der Zentralregierung, nämlich die Mahabader Polizei, beseitigt. Die Polizisten wurden entwaffnet. In der Folge nahm die Bevölkerung die Macht selbst in die Hand und sorgte für eine rasche Bewaffnung der Zivillisten. Dies führte zur Gründung der Nationalarmee Kurdistans (Sopai Milli Kurdistan). Jener 17. Dezember wurde aus diesem Grund von der DPKI zum Peschmerga-Tag ernannt.

Nun überstürzten sich die Ereignisse. Zwischen dem Gründungstag der demokratischen Partei am 16. August 1945 und der Proklamation der Republik Kurdistan am 22. Jänner 1946 lagen nur 160 Tage, insgesamt also weniger als sechs Monate.

In einem sozio-ökonomisch rückständigen Land wie Kurdistan - mit einem Minimum an politischer Erfahrung und Parteileben - waren sechs Monate ein äußerst kurzer Zeitraum für eine junge Partei, um sich politisch, organisatorisch und militärisch auf die Machtübernahme vorzubereiten.

Die Ereignisse nahmen jedoch keine Rücksicht auf die Vorbereitung der demokratischen Partei. Nach dem 17. Dezember wusste man, dass es bald zur offiziellen Ausrufung der Republik kommen würde. Nun verstärkte die

DPK in sämtlichen kurdischen Gebieten - nördlich von Sagez bis Mako - ihre Aktivitäten, um die Bevölkerung aufzufordern, Vertreter nach Mahabad zu entsenden. Diese sollten an der Versammlung anlässlich der Proklamation der kurdischen Republik teilnehmen.

Tatsächlich ist der 22. Jänner 1946 ein Tag von historischer Tragweite für die kurdische Nation und vor allem für das kurdische Volk im Iran. Tausende Volksvertreter trafen in Mahabad ein. Man hatte Schwierigkeiten, sie unterzubringen, da die Häuser voll Gäste waren. 7)

So wurde die DPK nur 160 Tage, nach ihrer Gründung zu einer Machthabenden Partei und übernahm die Verantwortung für die Verwaltung der Republik Kurdistan, ohne sich auf diese historische Aufgabe genügend vorbereitet zu haben.

II. Abschnitt

DIE REPUBLIK KURDISTAN

1. Die Lage zum Zeitpunkt der Gründung der Republik

Wie bereits im I. Abschnitt dargelegt wurde, bewirkte die allgemeine Lage nach kurzer Zeit die Gründung der Republik. Die Situation in Mahabad und Umgebung - jenes Gebiet, wo die Republik ausgerufen wurde - zeigte sich sehr günstig.

De facto war diese Region lange vor Gründung der DPK ein befreites Gebiet gewesen. Bereits am 25. August 1941 war der Herrschaft des Schah-Regimes ein Ende bereitet worden und die Verwaltung der regionalen Angelegenheiten war auf die Stammesführer, Scheiche und Agas (Feudalherren) übergegangen.

Tausende waren bewaffnet und machten nach eigenem Gutdünken von ihren Waffen Gebrauch.

Wenn auch diese Situation das politische Bewusstsein der Massen stärkte

und die Revolution beschleunigte, so kam es andererseits zu einigen unrühmlichen Ausschreitungen, wie etwas in der Umgebung von Urmia im Frühjahr 1942. Die kurdischen Stämme dieses Gebietes, die zum Großteil bewaffnet waren, griffen nicht nur Gendarmeriestützpunkte an, sondern wurden gegenüber den ansässigen azerbaidjanischen Bauern gewalttätig. Es kam zu Plünderungen in den Dörfern.

Am 28. April kreisten dieselben Stämme die Stadt Urmia ein, gemäß damaligen Angaben soll sich die Zahl der bewaffneten Angreifer auf etwa 10.000 Mann belaufen haben.

Von so manchen üblen Taten abgesehen, erhoben diese Stämme auch einige politische Forderungen: Kurden sollten das Recht zugestanden werden, in Urmia wie auch in anderen Städten Waffen zu tragen und ihre nationalen Angelegenheiten selbst zu verwalten. Weiters sollte die Zentralregierung Schulen mit kurdischer Unterrichtssprache einrichten.

Obwohl diese Bewegung von den Stämmen ausging, verdeutlichen die genannten Forderungen, dass auch politische Ziele angestrebt wurden. Da die Stammesführer jedoch traditionell uneinig waren und jeder die Bewegung nach seinem Willen lenken wollte, kam es schon bei Plünderungen in den Dörfern zu Streitigkeiten.

Diesen Stammeserhebungen kann keinesfalls ein höherer politischer Stellenwert beigemessen werden. Bei der Bevölkerung Urmias und der umliegenden Gegend hatten diese Bewegung vielmehr einen negativen Eindruck hinterlassen. 8)

Nachdem sowjetische Vertreter zwischen Stammesführern und Zentralregierung vermittelt hatten, gaben die Stämme die Belagerung Urmias auf und kehrten in ihre Gebiete zurück. Ihre politischen Forderungen waren nicht erfüllt worden. Ihnen wurde lediglich das Recht zugesprochen, in Urmia und einigen anderen Städten Waffen zu tragen.

Man ersieht daraus, dass die Zentralregierung lange vor der Ausrufung der Republik Kurdistan ihren Einfluss in Kurdistan, insbesondere in den ländlichen Gebieten, verloren hatte.

Die Nationalbewegung gewann von Tag zu Tag mehr an Dynamik und politischem Inhalt. Als daher die DPK am 16. August 1945 gegründet wurde, konnte sie reibungslos die Führung übernehmen, da sie ein klares und realisierbares Programm anzubieten hatte. Allmählich kamen auch die von Stämmen geführten Erhebungen unter die Fahne dieser Partei.

Was die Situation in anderen Regionen des Iran betraf, so zeigten sich dort die demokratischen Organisationen wesentlich einflussreicher, Tatsächlich stellten sie die stärkste politische Macht dar. Besonders die Tudeh-Partei, die in ihren Reihen die demokratischen und linksorientierten Kräfte versammelt hatte, war in den Industriestädten

Abadan und Isfahan sowie im Nordiran (Mazandaran und Gilan) sehr stark und erfolgreich. 9)

Wie bereits erwähnt, hatte sich die Tudeh-Partei nicht nur im Iran, sondern im gesamten Nahen Osten zu der mächtigsten politischen Organisation entwickelt.

Je mehr sich die demokratischen Kräfte entfalteten und die Unterstützung der iranischen Volksmassen gewannen, desto schwächer wurde die Herrschaft der Zentralregierung. Da die Demokratie bereits halbwegs etabliert war, sah ich das Regime nicht mehr in der Lage, die demokratischen Kräfte so einfach zu unterdrücken. Mit einem Wort, im Iran war damals eine mächtige demokratische Opposition vorhanden.

Die allgemeine Situation entwickelte sich nun dahingehend, dass Machtübernahmen auf der Tagesordnung standen, so hatten etwa die Nationalregierung Aserbaidschans bereits am 12. Dezember 1945 in Tabriz offiziell die Macht übernommen. Sogar in Curistan und Mazandaran bereitete man sich auf den Umsturz vor.

Nun waren sowohl in Bezug auf die Verhältnisse im Iran als auch in Bezug auf die spezifische Situation in Kurdistan die Voraussetzungen für das kurdische Volk gegeben, die politische Macht zu übernehmen. Man hatte nur noch Art und Zusammensetzung der neuen Regierung offiziell bekannt zu geben.

Auch die internationale Lage war günstig. Wenige Monate vor der Gründung der Republik Kurdistan hatten die Völker Europas den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus besiegt; die Alliierten und die Völker Asiens hatten den japanischen Imperialismus in die Knie gezwungen.

Nach Ende des II. Weltkrieges verzeichneten die demokratischen Kräfte in aller Welt eine beispiellose Entwicklung. In zahlreichen Staaten wurde die Reaktion zerschlagen, in einigen osteuropäischen Ländern waren Vorbereitungen im Gange, sozialistische Republiken zu etablieren.

Internationales Ansehen und Einfluss der UdSSR, die mehr als jede andere militärpolitische Macht gegen die faschistische Aggression Widerstand geleistet und mehr als jedes andere Land Opfer gebracht hatte (ca. 2 Millionen Tote, hunderte zerstörte Städte und Dörfer), nahm von Tag zu Tag zu. Da der Sowjetunion in diesem Krieg eine entscheidende Rolle zukam, war auch zu erwarten, dass sie nach dem Sieg über den Faschismus an Position gewinnen würde.

In den Jahren 1945 bis 1946 unterstützte die UdSSR als ausländische Macht die Bewegung des kurdischen Volkes, selbstverständlich auch die

Demokratische Partei Kurdistan wie auch die Republik Kurdistan. Dies trug auf internationaler Ebene dazu bei, dass die Republik Kurdistan etabliert wurde und offiziell die Macht übernahm.

An dieser Stelle erscheint es angebracht, die Beziehung zwischen der DPK bzw. der Republik Kurdistan und der UdSSR einer kurzen Analyse zu unterziehen. Nachdem Reza Schah am 25. August 1941 gestürzt worden war und die Truppen der Roten Armee nach dem Einmarsch in den Iran im nördlichen Kurdistan stationiert waren, sahen sich die sowjetischen Behörden unmittelbar mit der kurdischen Frage konfrontiert.

Einige Aufstände wie die Urmia-Bewegung im Frühjahr 1942 machten die Sowjetunion darauf aufmerksam, dass in dieser Region ein starkes Nationalbewusstsein vorhanden war und Kurdistan potentiell ein revolutionäres Gebiet darstellte. Daher erkannten allmählich so manche sowjetischen Kommissäre und Offiziere, die in Tabriz und Urmia tätig waren, dass eine festere Beziehung der Sowjetunion mit dem kurdischen Volk angebracht wäre.

Es fehlte jedoch eine repräsentative politische Organisation der Kurde, die Stammesführer, Agas und Scheichs konnten sich nicht auf gemeinsame Vertreter einigen. Deshalb war man auf sowjetischer Seite verunsichert; man wusste nicht, mit wem man Kontakt aufnehmen oder verhandeln sollte und wer als die tatsächliche Vertretung des kurdischen Volkes angesehen werden könnte.

Die Sowjets stellten letztendlich fest, dass es realistischer und Zielführender wäre, entsprechend der politischen und sozioökonomischen Bedingungen sowie der Klassenstruktur der kurdischen Gesellschaft mit solchen Leuten Kontakt aufzunehmen die sowohl in intellektuellen Kreisen als auch bei den Stämmen und im religiösen Bereich über Ansehen und Einfluss verfügten.

Unter diesem Gesichtspunkt lud die UdSSR im Dezember 1941 - nachdem ihre politischen Kommissäre und Offiziere einige Male Mahabad besucht hatten - eine kurdische Delegation, bestehend aus 30 bekannten Personen, nach Baku ein. Die von den Sowjets ausgewählten Delegationsmitglieder setzten sich aus Stammesführern, Scheichs, Agas sowie aus Vertretern der Mittleren Klassen und Schichten Mahabads zusammen.

An der Spitze stand Qazi Mohammed, der damals in allen gesellschaftlichen Bereichen als einflussreiche Persönlichkeit bekannt war. Diese Delegation stellte weder die offizielle Vertretung der kurdischen Bewegung noch einer politischen Partei dar; vielmehr waren ihre Mitglieder in ihren Anschauungen untereinander uneinig. 10)

Diese Reise stand praktisch im Zeichen der Kontaktaufnahme. Geplant war ein gegenseitiges Kennen lernen der Sowjets und der kurdischen Vertreter, außerdem sollten letztere mit der sowjetischen Gesellschaft bekannt werden. Obwohl es sich grundsätzlich um eine politische Visite handelte, sprach man offiziell von Kulturaustausch.

Die Zusammensetzung der Delegation deutet darauf hin, dass die UdSSR jenes "Niemandland", welches sich außerhalb jeder Regierungsgewalt befand - dazu gehörte Mahabad, Bokan, Schno und Naghadah -, als kurdisches Gebiet kannte. Eben diese Region sollte später zum Zentrum des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes werden.

Damals befand sich der südliche Teil Kurdistans im britischen Einflussbereich, während der mittlere Teil (er umfasste die Gebiete Saggez und Divandarah) von keiner der Großmächte besetzt worden war und gleichsam als neutrale Zone galt. Dem Anschein nach hatten die Alliierten in einem Gentleman Agreement vereinbart, in diesem Gebiet keine politischen Aktivitäten zu setzen.

In der "freien " Zone (Divandarah, Saggez und Baneh) befand sich die Zentralregierung in einer schwachen Position, vor allem in den länglichen Gebieten war jeder Stammesführer der Herrscher seines Gebietes.

Am 25. August 1941 marschierte die Rote Armee in Baneh ein, zerstörte die Kaserne und zog sich nach Ablauf einer Woche nach Urmia zurück.

Hama Raschid Chan nützte diese Gelegenheit und machte sich vom Irak aus auf den Weg. Er sammelte einige hunderte Männer um sich und eroberte am 10. September 1941 die Stadt Baneh. Nur wenige Tage später nahm er Saggez ein, am 25. September Sardascht. Erst der Versuch, die Stadt Marivan zu besetzen, scheiterte. Hama Raschid Chan beherrschte bis zum Herbst des Jahres 1944 das Gebiet um Baneh.

Ende September 1944 entsandte die iranische Regierung Truppen nach Baneh und die Streitkräfte Hama Raschid Chans wurden in Kali Chan vernichtend geschlagen. Bevor Hama Raschid Chan aus Baneh flüchtete, ließ er die Stadt am 30. September in Brand setzen. 11)

Die Delegation, die nach Baku gereist war, führte mit dem damaligen Sekretär der Kommunistischen Partei Azerbaidjan, Jafar Bakrow, Verhandlungen. Bakrow war abgesehen von seiner Funktion als Parteisekretär ein einflussreicher Mann im sowjetischen Regierungsapparat und handelte als Bevollmächtigter der Sowjetunion. Er teilte den Delegationsmitgliedern mit, die UdSSR sei grundsätzlich bereit, die kurdische Bewegung und die Etablierung einer Nationalregierung in Iranisch-Kurdistan zu unterstützen, doch einsteilen sei geduldiges Abwarten nötig.

Wahrscheinlich war es Qazi Mohammed, der als erster darauf bestand, dass die Kurden wie alle anderen Nationen das Recht hätten, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Er forderte die sowjetische Seite auf, ohne Verzögerung die Nationalbewegung in Iranisch-Kurdistan substantiell zu unterstützen.

Die Delegationsmitglieder kehrten voller Zuversicht nach Kurdistan zurück und hegten die Hoffnung, dass nun für die Kurden die Chance gekommen sei, zu ihren Rechten zu gelangen. Wie bereits erwähnt, handelte es sich bei dieser ersten Reise um eine inoffizielle Einladung.

Im August 1945 - nach Gründung der DPK - besuchte Qazi Mohammed Tabriz, um dort an den Feierlichkeiten anlässlich der Gründung der Demokratischen Partei Azerbaidjan (Firka) am 3. September 1945 teilzunehmen. Bald darauf wurde er gemeinsam mit einigen anderen Persönlichkeiten von den sowjetischen Behörden zum zweiten Mal nach Baku eingeladen. Diesmal handelte es sich um einen offiziellen Besuch rein politischer Natur, da Qazi Mohammed als Führer der DPK und die übrigen Geladenen als Parteifunktionäre nach Baku reisten.

Aus diesem Grund brachte die Delegation in Baku konkrete Forderungen vor. Die UdSSR wurde aufgefordert, der Nationalregierung Kurdistans - die bereits im Entstehen war - finanzielle Unterstützung, Waffen und Munition zukommen zu lassen.

Auch diesmal war Bakrow der Verhandlungspartner der kurdischen Delegation. Er zeigte sich um einiges entgegenkommender als beim ersten Besuch und sagte im Namen der sowjetischen Regierung zu, die kurdische Regierung mit Waffen zu beliefern.

Soweit bekannt ist, wurden an die 10.000 Gewehre der Marke Berne entweder vor Ausrufung der Republik unter der Bevölkerung verteilt oder zu einem späteren Zeitpunkt der Regierung der Republik Kurdistan ausgehändigt.

Obwohl Bakrow leichte und schwere Maschinengewehre sowie Kanonen zugesichert hatte, wurden solche Waffen der Republik nicht zur Verfügung gestellt. Auch die versprochene finanzielle Hilfe blieb aus; in keinem einzigen Dokument aus der Republikzeit finden sich Hinweise auf den Empfang einer finanziellen Unterstützung von Seiten der Sowjetunion.

Ferner wurde vereinbart, eine Gruppe junger Kurden in der Sowjetunion militärisch auszubilden - 60 Personen wurden damals in die UdSSR geschickt, um später die kurdische Nationalarmee aufzubauen - und in

Mahabad eine Druckerei einzurichten. Beide Punkte wurden realisiert.

In der mit sowjetischer Hilfe errichteten Druckerei wurden während der Republik Parteipublikationen sowie Publikationen verschiedenster Art gedruckt.

So genoss die Demokratische Partei Kurdistan auf der einen Seite den Beistand des kurdischen Volkes mit der Aussicht auf Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräfte anderer Gebiete des Irans, auf der anderen Seite gewann sie die politische Unterstützung der UdSSR und ihre zusage auf finanzielle Hilfeleistung. 12)

Die äußere und innere Lage war nun so weit gediehen, dass die kurdische Republik ausgerufen werden konnte. So wurde am 22. Jänner 1946 auf dem "Tschuar-Tschra_Platz" der Stadt Mahabad die Republik Kurdistan proklamiert. Qazi Mohammed, der Führer der DPK, wurde zum Präsidenten der Republik gewählt.

Auf dieser Großkundgebung, an welcher die Delegierten der meisten Gebiete Kurdistans teilnahmen, hielt Qazi Mohammed eine Rede und stellte zugleich das Arbeitsprogramm der Republik vor, das im Grunde genommen dem Programm der DPK entsprach. 13)

Anschließend wurde unter dem Vorsitz von Hadschi Baba Scheich ein Regierungskabinett mit 13 Ministern gebildet. Die Mehrzahl der Minister stammte aus den mittleren Schichten und Klassen Mahabads sowie aus den Großgrundbesitzerfamilien.

Die Namensliste der Minister wurde am 12. Februar 1946 in der Zeitung "Kurdistan" veröffentlicht:

- | | | |
|-----|--|----------------------------|
| 1. | Ministerpräsident | Hadschi Baba Scheich |
| 2. | Kriegsminister | Mohammed Hossein Saif Qazi |
| 3. | Innenminister | Mohammed Amin Mouini |
| 4. | Gesundheitsminister | Mohammed Eiubian |
| 5. | Minister ohne Portefeuille | Abdul Rahman Ilchanizadeh |
| 6. | Verkehrsminister | Ismail Ilchanizadeh |
| 7. | Finanzminister | Ahmed Ilahi |
| 8. | Min. f. Post- u. Telegraphenw. | Karim Ahamadein |
| 9. | Handelsminister | Mustafa Daudi |
| 10. | Min. f. kulturelle Angelegenh. | Manaf Karimi |
| 11. | Landwirtschaftsminister | Mahmud Valizadeh |
| 12. | Propagandaminister | Sadik Haidari |
| 13. | Arbeitsminister | Khalil Khosrowi |
- (in manchen Quellen wird Mullah Hossein Madschdi als Justizminister erwähnt)

Das Hissen der kurdischen Flagge - welches erstmals am 17. Dezember 1945 symbolisch stattgefunden hatte - wurde am 22. Jänner 1946 zum

offiziellen Akt. Die Flagge der Republik Kurdistan wies von oben beginnend die Farben rot, weiß, grün auf. In der Mitte des Emblem, welches eine Schriefeder - Kultur und Wissenschaft symbolisierend - zwischen zwei Weizenähren - die für Produktion und Arbeit standen -, im Hintergrund die Sonne - das Sinnbild der Freiheit - zeigte.

Das Hissen dieser Flagge hinterließ einen tiefen Eindruck bei den Bevölkerungsmassen und erwies sich als wirksame Propaganda, um ihre Unterstützung zu gewinnen. In den Städten und größeren Dörfern im Kerngebiet der jungen Republik setzte sich das Hissen der kurdischen Flagge rasch als Brauch durch.

Die Parteifunktionäre suchten Städte und Dörfer auf, um der Bevölkerung die Politik der Demokratischen Partei und der Republik Kurdistan zu übermitteln und sie zur Mitarbeit aufzufordern. 14)

Das bekannte Lied "Ey Rakib" (Du Feind!) wurde als offizielle kurdische Nationalhymne der Republik und der Partei angenommen und ist bis heute das offizielle Lied der DPK-Iran geblieben. Nicht zufällig fiel die Wahl auf dieses Lied, denn nach hunderten Jahren hatte das kurdische Volk die Errichtung seiner eigenen Nationalregierung durchgesetzt und die Macht selbst übernommen.

Nun sollte allen verkündet werden:

Du Feind,
das Volk, das kurdisch spricht,
besteht immer noch!
Keiner soll behaupten,
die Kurden seien zugrunde gegangen -
die Kurden leben!

Im Lauf der Geschichte hatte das kurdische Volk nahezu ohne Atempause unter nationaler Unterdrückung gelitten. Die Feinde der Kurden hatten sich immer wieder zusammengeschlossen, um dieses Volk zu vernichten. Sie erreichten ihr Ziel jedoch nicht.

Deshalb war es von tiefer symbolischer Bedeutung, dem Feind entgegenschreien "Die kurdische Nation besteht immer noch!"

2. Das Wirken der Republik

Die Republik Kurdistan besteht nur elf Monate lang. 330 Tage stellten eine äußerst kurze Zeitspanne in der Geschichte dar und keine politische Macht konnte innerhalb eines Zeitraumes von elf Monaten ihr Programm bzw. dessen grundlegenden Teil in die Realität umsetzen.

Es darf jedoch mit gewissem Stolz vermerkt werden, dass jene Arbeiten, welche die Republik während dieser elf Monate in Angriff nahm, von weitreichender historischer Bedeutung waren. Erstmals Nationalregierung

viele seit langem bestehende Ziele des kurdischen Volkes.

Die kurdische Sprache wurde zur offiziellen Amtssprache erklärt, zahlreiche kurdischsprachige Zeitschriften und Zeitungen wurden veröffentlicht. Die erste Ausgabe der Zeitung "Kurdistan", worin der politische Standpunkt der DPK dargelegt wurde, erschien am 10. Jänner 1946, in der Folge wurden insgesamt 113 Ausgaben gedruckt.

Des Weiteren wäre die gleichnamige Zeitschrift "Kurdistan" für Politik und Literatur zu erwähnen, sowie die politische Zeitschrift "Havari Kurd" (Stimme der Kurden) und das Organ des demokratischen Jugendverbandes "Havari Nischtiman" (Ruf der Heimat), welche sich als literarische, politische und gesellschaftliche Zeitschrift verstand. Die Literaturzeitschrift "Halala" (Tulpe) wurde in Bukan gedruckt. Die Beschäftigten der Druckerei Kurdistan gaben die Kinderzeitschrift "Grugali mendalan" (Kindergeplauder) heraus.

Kurz vor der Niederschlagung der Republik wurden etliche kurdischsprachige Bücher und weitere Publikationen veröffentlicht. Außerdem befanden sich Lehrbücher für Kinder in Vorbereitung.

Tatsächlich stellten diese elf Monate eine revolutionäre Wende für die Entwicklung der kurdischen Sprache und die Entfaltung der kurdischen Kultur dar. Ein solches Aufblühen publizistischer Aktivitäten während eines so kurzen Zeitraumes war an anderen Orten, wo es nicht an Möglichkeiten mangelte, selbst im Laufe mehrerer Jahre nicht verzeichnet worden.

Zur Entwicklung der kurdischen Kultur trug auch die Schaffung des kurdischsprachigen Theaters bei. Dem Theater kam eine tragende Rolle zu, da die Bewohner Kurdistans überwiegend Analphabeten waren und daher zum gesprochenen Wort leichter Zugang fanden. Zieht man die damalige Analphabetenrate von etwas 90 % in Betracht, so lässt sich die Bedeutung des kurdischen Theater sehr gut ermessen. 15)

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Republik zählte, dass die kurdischen Frauen zum ersten Mal offiziell am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnahmen. Um die kurdischen Frauen zu mehr gesellschaftlicher Aktivität zu motivieren, veranlasste Qazi Mohammed seine Frau wie auch seine Töchter dazu, sich in diversen politischen und sozialen Angelegenheiten zu engagieren. Sie sollten der weiblichen Bevölkerung ein Vorbild sein.

Am 14. März 1946 wurde der Demokratische Frauenverband Kurdistan gegründet, welcher rasch eine rege Tätigkeit entfaltete. Die Zahl der emanzipierten und gebildeten Frauen war jedoch zur damaligen Zeit verschwindend klein, dementsprechend gering war für die kurdische Frauenbewegung die Möglichkeit, innerhalb dieser Zeitspanne in ganz Kurdistan Verbreitung zu finden.

Ohne Zweifel war die Gründung der "Supai Milli" (Nationale Streitkräfte) eine der bedeutungsvollsten Errungenschaften nach Errichtung der Republik, später wurden die Nationalen Streitkräfte in "Peschmerga-Streitkräfte" umbenannt. 16)

Die Bildung der "Supai Milli" war ein Punkt im Programm der demokratischen Partei, welcher die Selbstverwaltung interner Angelegenheiten Kurdistans betrag. Schließlich musste die DPK bereits damals für die Zukunft und Verteidigung der Republik vorausplanen.

Die Zahl der Peschmerga nahm rasch zu, tausende Menschen waren bereit, die Republik mit der Waffe zu verteidigen. Auch einige kurdische Offiziere, die in der irakischen Armee gedient und sich nach Iranisch-Kurdistan abgesetzt hatten, waren aktiv am Aufbau der peschmerga-Streitkräfte beteiligt.

Was jedoch in der Organisation der Streitkräfte fehlte, war ein straffes militärisches Reglement. Viele wurden zum Offizier ernannt oder in einen höheren Rang befördert, ohne über eine grundlegende Kampferfahrung zu verfügen und ohne jemals innerhalb der Supai Milli aktiv gewesen zu sein.

Der Ehrgeiz, einen militärischen Rang einzunehmen, artete sogar in ein groteskes Wetteifern unter den Stammesführer aus. Jeder meinte, je mehr Sterne er auf den Schulterklappen hätte, desto höher wäre sein Ansehen in der Bevölkerung. 17)

So wurden beispielsweise vier Personen zum General ernannt: Mohammed Hossein Seifgazi, Amar Chani Shikak, Hama Raschid Chani Bana und Mullah Mustafa Barzani. Während Zerow Bahadori, Analphabet und Führer eines kleinen Stammes, für sich den Rang eines Marschalls beanspruchte und sich Marschall Zerow rufen ließ.

Die eben genannten Beispiele veranschaulichen das Fehlen einer straffen militärischen Organisation innerhalb der Supai Milli. Doch allein die Tatsache, dass es keine spur der reaktionären Schah-Armee mehr gab, Polizei sowie Gendarmerie aufgelöst waren, stellte eine der größten Errungenschaften der Republik Kurdistan dar.

Die wirtschaftliche Lage jenes Gebietes, welches das Kerngebiet der Republik bildete, wandelte sich zum Besseren. Ein Anzeichen dafür war der direkte Handel mit der UdSSR, der sich vor allem im Export von Tabak und dem Import verschiedenster Güter aus diesem Staat, der damals

einem Vielversprechenden Aufschwung erlebte, niederschlug. 18)

Die Verbesserung der ökonomischen Situation dieses Gebiets war bemerkenswert, zumal im Süden Kurdistans wie auch in etlichen anderen Gebieten des Irans zur damaligen Zeit bittere Armut herrschte und immer wieder Menschen verhungerten.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit war ebenfalls als beträchtlicher Erfolg der Republik Kurdistan anzusehen. Obwohl tausende Menschen unter Waffen standen, wurde in den elf Monaten nicht mehr als eine Person getötet. Diebstahl verschwand fast zur Gänze und Korruption - ein weitverbreitetes Phänomen zur Zeit Reza Schahs - wurde als schweres Vergehen betrachtet. 19)

Die größte Errungenschaft der Republik war jedoch zweifellos Selbstbestimmung und Freiheit für das kurdische Volk. Es gab keine Befehle seitens der Zentralregierung mehr zu befolgen, keine Gewalttaten seitens der Armee und keine von Polizei und Gendarmerie ausgehende Repression.

Nach langen Jahren hatte die kurdische Bevölkerung selbst die Herrschaft übernommen und war nicht mehr fremder im eigenen Land. Kurz gesagt, das kurdische Volk war frei. Nur ein Volk, welches jahrhundertlang Unterdrückung erdulden musste und der Gewalt mehrerer Staaten ausgesetzt war und sich im eigenen Land inhaftiert fühlte, nur ein solches Volk kann den Wert jener Freiheit, die das kurdische Volk während der Republik erlangte, ermessen.

Die kurdische Bevölkerung hatte ihre Identität wiedergefunden, nicht länger war man als Kurde Bürger zweiter Klasse und sah sich nicht mehr niedriger eingestuft als jede andere Nation. Nun waren die Kurden voll Selbstsicherheit und Vertrauen auf die eigene Kraft.

Kurdistan ließ sich jedoch nicht vom Triumph verleiten. Die Verantwortungsträger der Republik und der demokratischen Partei waren sich der Notwendigkeit bewusst, mit den demokratischen Kräften des gesamten Iran einen Konsens zu finden und eine vereinte Front zu bilden, um Reaktion und Imperialismus entgegenzutreten.

Aus diesem Grund bildete die DPK mit der Demokratischen Partei Azerbaidjan (Firka), der Tudeh-Partei, der Iranischen Partei, der sozialistischen Partei und der im Nordiran gegründeten Jangal-Partei eine fortschrittliche Front.

Die Demokratische Partei nahm an dieser Front teil, da sie sich an der Tatsache orientierte, dass die demokratische Bewegung Kurdistans in Vereinigung mit der progressiven Bewegung des gesamten Irans den Sieg erlangen würde.

Auch wollte die demokratische Partei unter Beweis stellen, dass sie innerhalb der iranischen Grenzen aktiv war und den achten Punkt des Parteiprogramms - nämlich die Etablierung eines demokratischen Systems im Iran - zu verwirklichen versuchte.

So entwickelte sich in jenem Teil Kurdistans, wo die Herrschaft der reaktionären Zentralregierung beseitigt worden war, eine demokratische fortschrittliche Bewegung. Iranisch-Kurdistan wurde zu einer Bastion der iranischen Demokratie und gewann den Respekt aller freiheitsliebenden Iraner.

Iranisch -Kurdistan war auch eine Hoffnung für die Freiheitsliebenden in den anderen Teilen Kurdistans. Ständig reisten Organisationen aus der Türkei, dem Irak und Syrien nach Mahabad. Die Stadt Mahabad wurde zum Zentrum der kurdischen Freiheitsliebenden. Jeder Heimatliebende fortschrittliche Kurde hoffte von ganzem Herzen auf die Durchsetzungskraft der Republik Kurdistan.

Denn sie wussten, das Licht, welches von Mahabad ausstrahlte, würde in Zukunft die Finsternis in allen anderen Teilen Kurdistans erhellen. Einem kurdischen Gesandten aus der Türkei, der nach der Gründung der Republik nach Mahabad gekommen war, äußerte Qazi Mohammed einmal: "Der Glanz, den du hier siehst, wird in Zukunft auch für euch erstrahlen."
20)

Vor Ausrufung der Republik hatten die Barzanis - unter der politischen Führung Mustafa Barzanis und der religiösen Führung von Scheich Ahmad Barzani - in Iranisch-Kurdistan Zuflucht gesucht. Die Gewaltherrschaft des reaktionären Regimes von Nuhri Said hatte die Barzanis veranlasst, aus dem Irak zu flüchten: am 11. Oktober 1945 erreichten sie das Gebiet um Schno.

Die etwa 2000 Männer waren bewaffnet und hatten ihre Frauen und Kinder mitgebracht. Mit den Barzanis waren auch einige Lehrer, Beamte und zwölf kurdische Offiziere der irakischen Armee gekommen.

Den Prinzipien und der Politik der DPK entsprechend wurden die Barzanis freudig empfangen und im Rahmen der damaligen Möglichkeiten in verschiedenen Gebieten - vor allem im Gebiet Nagadeh - untergebracht. Nach Gründung der Republik schlossen sich die Barzanis der "Supai Milli" an und wurden Peschmergas. Mullah Mustafa wurde zum General ernannt und übernahm das Kommando über die Peschmerga-Streitkräfte. Die Aufnahme der Barzanis und ihre Eingliederung in die Republik, erbringen einen deutlichen Beweis dafür, dass die Republik Kurdistan tatsächlich ein Symbol für Zusammenarbeit, Solidarität und Vereinigung der kurdischen Nation darstellte.

3. Kurdistan und Azerbaidjan

Gemäß dem Vertrag zwischen dem Iran und den Alliierten, welcher im Beisein Stalins, Roosevelts und Churchills auf der Teheraner Konferenz (28. - 30. November 1945) abgeschlossen wurde, sollten die Truppen aller alliierten Mächte nach Kriegsende innerhalb von 6 Monaten iranisches Territorium verlassen.

Der II. Weltkrieg war mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands in Europa (8. Mai 1945) und der Kapitulation Japans in Asien (2. September 1945) beendet. Die amerikanischen Truppen verließen den Iran noch vor Ablauf der vereinbarten Frist am 1. Dezember 1945, die britischen Truppen zogen am 1. Februar 1946 zeitgerecht ab.

Die Rote Armee blieb jedoch an ihrem Platz. Als die iranische Zentralregierung im Dezember 1945 nach Azerbaidjan Truppen entsenden wollte, um den von den Azerbaidjanischen Fidais bedrohten Kasernen Hilfestellung zu geben, stellte sich die Rote Armee in Scharifabad in den Weg und blockierte jedes weitere Vorrücken.

Am 2. Februar 1946 legte die britische Regierung - am 4. Februar die US-Regierung - Protest dagegen ein, dass sich die Rote Armee noch nicht aus dem Iran zurückgezogen hatte. Die Amerikaner drohten außerdem, ihre Truppen neuerlich in den Iran zu entsenden, sollten die sowjetischen Streitkräfte nicht abziehen.

Die Lage spitzte sich derart zu, dass die iranische Regierung am 16. März 1946 beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Beschwerde über die UdSSR einreichte. Anschließend an einen Staatsbesuch des iranischen Ministerpräsidenten Kavam in Moskau (im März 1946) sowie nach langatmigen diplomatischen Verhandlungen wurde in Teheran zwischen der Sowjetunion und dem Iran ein Abkommen bezüglich der strittigen Punkte vereinbart; die Unterzeichnenden waren Kavam und Sadchikov. Am 4. April 1946 wurde das Abkommen veröffentlicht, wie folgt:

1. Die Rote Armee wird ihre Truppen beginnend mit dem 24. März 1946 innerhalb von 1 ½ Monaten (6 Wochen) aus dem iranischen Territorium abziehen.
2. Die Gründung einer iranisch-sowjetischen Erdölgesellschaft wurde vereinbart. Der Gesellschaftsvertrag wird beginnend mit dem

24. März innerhalb von sieben Monaten dem 15. Parlament zur Ratifizierung vorgelegt.

Dieser Vertrag sah die Gründung einer Erdölgesellschaft vor, die für einen Zeitraum von 50 Jahren im Nordiran Erdöl fördern sollte. Während der ersten 25 Jahre sollten 49 % des Gewinns an den Iran, 51 % an die Sowjetunion gehen. Danach war eine Gewinnaufteilung zu gleichen Teilen vorgesehen. Nach Ablauf von 50 Jahren wäre der Iran berechtigt, den sowjetischen Anteil aufzukaufen und somit alleiniger Gesellschaftseigentümer zu werden.

Die UdSSR sollte das Kapital für sämtliche Investitionen zur Verfügung stellen, das von iranischer Seite eingebrachte Kapital beschränkte sich auf die Erdölvorkommen.

Es war vereinbart worden, diesen Vertrag nach Abzug der Roten Armee ins Parlament einzubringen. Zuerst jedoch wollte die iranische Regierung im gesamten Iran Parlamentswahlen abhalten. Die Regierung vertrat die Ansicht, in Anwesenheit einer ausländischen Armee in einem Teil des Landes wären freie Wahlen undurchführbar. 21)

Weiters kamen die beiden Staaten überein, dass die azerbaidjanische Frage eine staatsinterne Angelegenheit des Iran sei und auf friedlichem Weg gelöst werden sollte. Auf diese Weise waren die Voraussetzungen für einen Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran geschaffen. Am 10. Mai 1946 verließ die Rote Armee den Iran.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen begannen die Republik Kurdistan und Azerbaidjan mit der Zentralregierung Verhandlungen zu führen, die bis August 1946 andauerten. Bevor wir auf die Ergebnisse dieser Verhandlungen näher eingehen, erscheint es angebracht, die sehr bedeutsame Thematik der Beziehung zwischen der Republik Kurdistan und der Nationalregierung Azerbaidjan zu erörtern.

Beide Regierungen, welche in Einklang miteinander gegründet worden waren, waren demokratisch, fortschrittlich und im Widerstand gegen die reaktionäre Zentralregierung vereint. Auf dieser Basis wurde ein Freundschaftsvertrag geschlossen. Am 23. April 1946 wurden die 7 Punkte dieses Abkommens von den Repräsentanten der beiden Regierungsdelegationen - an der Spitze Qazi Mohammed und Jafar Pischawari - unterzeichnet:

1. in Gebieten, wo es für notwendig erachtet wird, sollen jeweils Vertreter beider Nationalregierungen akkreditiert werden.
2. In jenen Gebieten Azerbaidjans, wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, soll die Verwaltung von Kurden ausgeübt werden. Gleichermaßen sollen in den Gebieten Kurdistans,

wo Azerbaidjaner die Bevölkerungsmehrheit ausmachen, die Behörden der azerbaidjanischen Nationalregierung die Verwaltung übernehmen. 22)

3. Die beiden Regierungen werden eine gemeinsame Kommission bilden, deren Aufgabe es sein wird, wirtschaftliche Fragen zu lösen. Die Entscheidungen dieser Kommission werden unter der Aufsicht beider Regierungschefs verweirklicht.
4. Falls Notwenigkeit dazu besteht, wird zwishcen Azerbaidjan und Kurdistan ein militärisches Bündnis zur beiderseitigen Hilfestellung geschlossen.
5. Gegebenenfalls wird erst nach Übereinkunft der beiden Regierungen mit der Zentralregierung verhandelt.
6. Die Nationalregierung von Azerbaidjan verpflichtet sich, die Entfaltung von Sprache und Kultur der kurdischen Bevölkerung auf azerbaidjanischen Boden nach besten Bemühen zu fördern. Die Republik Kurdistan übernimmt dieselbe Verpflichtung hinsichtlich der Entwicklung der azerbaidjanischen Kultur auf kurdischem Boden.
7. Sollte jemand versuchen, das auf historischer Freundschaft begründete Bündnis beider Völker und ihr demokratisches Einverständnis zu unterhöhlen, so werden beide Seiten gemeinsam gegen ihn vorgehen. 23)

Klar ersichtlich gliedert sich der Vertrag in zwei Abschnitte. Die erste Vertragshälfte behandelt die Beziehung beider Regierungen zueinander: die Verpflichtung, Minderheiten, die der Nationalität des Vertragspartners angehören, auf eigenem Territorium mit all ihren nationalen Rechten anzuerkennen sowie die bilaterale Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen.

In der zweiten Vertragshälfte wird die Position der beiden Regierungen gegenüber der Zentralregierung erläutert: die Übereinkunft, erst nach Zustimmung der Azerbaidjanischen wie auch der Kurdischen Regierung mit der Zentralregierung in Teheran in Verhandlungen einzutreten sowie die Bereitschaftserklärung beider Regierungen, nötigenfalls die Streitkräfte des Vertragspartners zu unterstützen.

Es ist nicht verwunderlich, dass ein derartiges - von beiden Regierungen offiziell unterzeichnetes - Abkommen die Machthaber der Zentralregierungen in hellen Zorn versetzte. Denn diese waren nicht einmal bereit, die Existenz beider Nationalregierungen anzuerkennen. Man bezeichnete diese politische Initiative Kurdistans und Azerbaidjans als Loslösung vom Iran.

Tatsächlich war dieser Vertrag Ausdruck für die Einigkeit der Republik Kurdistan und der Azerbaidjanischen Nationalregierung sowie für ihre Entschlossenheit, gegen Machenschaften seitens der Zentralregierung gemeinsam vorzugehen und im Falle eines Angriffs einander Hilfe zu leisten.

Im Frühjahr 1946 wurde das gemeinschaftliche Vorgehen gegenüber der reaktionären Zentralregierung zu einer aktuellen und grundlegenden Frage. Zur selben Zeit traten jedoch die ersten Unstimmigkeiten zwischen der Autonomen Republik Kurdistan und der Azerbaidjanischen Nationalregierung auf. Diese Differenzen ergaben sich aus dem unterschiedlichen Wesen der beiden Bewegungen.

Während es der Autonomen Republik Kurdistan, überhaupt der damaligen Gesamtbewegung des kurdischen Volkes, allein um die nationale Frage ging, war die Bewegung in Azerbaidjan trotz beträchtlichen nationalen Inhalts gleichzeitig eine soziale Bewegung.

Das Programm der Republik Kurdistan bezog keine klare Position bezüglich gesellschaftlicher Umgestaltungen. So zum Beispiel beinhaltete das DPK-Programm keine Umverteilung des Bodens zugunsten der Bauern. Die azerbaidjanische Regierung hatte jedoch unmittelbar nach der Machtübernahme den Landbesitz der Großgrundbesitzer beschlagnahmt und unter den azerbaidjanischen Bauern verteilt. Die soziale Ausrichtung der azerbaidjanischen Bewegung war demnach fortschrittliche und tiefgreifender. Aus diesem Grund sahen die städtischen mittleren Klassen und Schichten in Azerbaidjan ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in Gefahr. Damals nahm die azerbaidjanische Bourgeoisie auf die diversen Wirtschaftsbereiche der iranischen Ökonomie gewissen Einfluss und war auch im Machtapparat der Zentralregierung vertreten. Deshalb verfehlte in diesen Kreisen der iranische Chauvinismus seine Wirkung nicht. Auch befürchtete das Bürger- und Kleinbürgertum eine Loslösung Azerbaidjans von Iran oder zumindest die Etablierung eines sozialistischen Systems in Azerbaidjan. Dies bewirkte, dass sich ein Großteil der städtischen mittleren Klassen und Schichten gegen die Azerbaidjanische Nationalregierung stellte.

Für Kurdistan ließ sich die Lage folgendermaßen beschreiben: es entsprach durchaus den Tatsachen, dass die kurdische Bevölkerung im Allgemeinen sowie vor allem die städtische Bevölkerung von Mahabad, Bukan, Schno und Nagadah mit ihrer vollen Unterstützung hinter der Autonomen Republik standen. Geht man bei der Analyse wiederum von der ländlichen Bevölkerung aus, so bleibt festzuhalten, dass die Bauern ihre Unterstützung der Kurdischen Republik weniger direkt zum Ausdruck brachten. Denn die Dorfbewohner standen unter der Herrschaft der Agas und Stammesführer, die als ihre Sprecher auftraten.

Während das soziale Programm der Demokratischen Partei Azerbaidjans (Firka) radikaler war und aufgrund der Bodenreform die Unterstützung der Bauern gewann, stand hingegen die Bevölkerung von Mahabad aus Überzeugung hinter der Kurdischen Republik. Die Unterstützung der städtischen Bevölkerung war in Tabriz und anderen azerbaidjanischen

Städten nicht in diesem Ausmaß sichtbar.

ES sei noch erwähnt, dass bei Aufmärschen in Kurdistan die kurdische Flagge, in Azerbaidjan jedoch die Rote Flagge getragen wurde.

Abgesehen von den Wesensunterschieden beider Bewegungen tauchten bald nach Gründung der kurdischen Republik und der Azerbaidjanischen Nationalregierung Streitfragen bezüglich der Verwaltung der Städte Choi, Salamas, Urmia und Mianduab der iranischen Provinz Westazerbaidjan auf. Beide Seiten wollten diese vier Städte und ihre Umgebung in ihren Machtbereich eingliedern.

Die Republik Kurdistan und die kurden im allgemeinen bezeichneten das Gebiet westlich vom Urmia-See, welches die vier genannten Städte einschloß, als Kurdistan. Die azerbaidjanischen Behörden vertraten die Ansicht, dass diese vier Städte Azerbaidjan zuzurechnen seien, da die dortige städtische Bevölkerungsmehrheit Azerbaidjaner waren.

Man einigte sich dahingehend, dass die Republik Kurdistan in Urmia und Mianduab zur Lösung dieser Frage Vertreter einsetzte, praktisch wurden die vier Städte jedoch von der Azerbaidjanischen Regierung verwaltet. In der Folge brachen jedoch in manchen Orten dieses Gebietes Konflikte aus, es kam sogar zu Zusammenstößen. So geschah es mehrmals, dass Peschmergas die Azerbaidjanischen Fidais einkreisten und vertrieben.

Letztendlich konnte eine Ausweitung des Konflikts über Vermittlung der Sowjetunion und Regierungsmitglieder in Mahabad und Tabriz verhindert werden. Man verblieb jedoch bei einer Provisorischen Lösung, die Ursache des Konfliktes wurde nicht bereinigt. In der Frage, ob die umstrittenen vier Städte der Autonomen Republik Kurdistan oder der Nationalregierung Azerbaidjans angehörten, wurde auch weiterhin keine genaue Einigung erzielt.

Zwar traten im Frühjahr 1946 kurdische und azerbaidjanische Regierungsvertreter im sowjetischen Konsulat in Urmia zu Verhandlungen zusammen, da jedoch beide Seiten auf ihrem Standpunkt beharrten, verliefen die Unterredungen ergebnislos. 24)

Qazi Mohammed und zwei Funktionäre der Republik trafen ein weiteres Mal in Urmia mit den azerbaidjanischen Gesandten aus Tabriz zusammen. Doch auch diesmal kam es zu keiner Einigung.

Einige azerbaidjanische Großgrundbestzler aus Urmia traten an Qazi Mohammed mit dem Anliegen heran, Urmia in die Autonome Republik Kurdistan einzugliedern. Dieser Wunsch entsprang jedoch keineswegs einer besonderen Sympathie für die Kurden, denn dieselben Leute hatten

seit jeher eine chauvinistische Haltung gegenüber den Kurden dieses Gebietes eingenommen.

Qazi Mohammed hatte mit seinem scharfen politischen Verstand sofort die wahren Intentionen erkannt. Die azerbaidjanischen Großgrundbesitzer waren keineswegs daran interessiert, dass Urmia in die Kurdische Republik eingegliedert würde. Vielmehr ging es ihnen darum, Urmia dem Einfluss der Azerbaidjanischen Nationalregierung zu entziehen, um ihre Klasseninteressen zu wahren und eine Verteilung ihres Landbesitzes zu verhindern.

Unter dem Vorwand, er leide an heftigen Zahnschmerzen, entzog sich Qazi Mohammed einer Stellungnahme. Auf den Vorschlag der Großgrundbesitzer hätte er gar nicht eingehen können, denn es hätte die Verteidigung der Interessen der besitzenden Klassen gegen die azerbaidjanischen Bauern bedeutet. Auf der anderen Seite hätte auch nicht gesagt werden können, dass Urmia nicht ein Teil Kurdistans wäre.

Obwohl der Konflikt um die Städte der Provinz Westazerbaidjan sowie die Verschiedenheit der kurdischen azerbaidjanischen Bewegung fortbestanden, waren die Führungen beider Regierungen aufrichtig bemüht, ihre Einigkeit und Zusammenarbeit zu vertiefen. Damals waren allein Geschlossenheit und gemeinsames Vorgehen angesichts der Drohungen seitens des Schah-Regimes entscheidend, Differenzen blieben zweitrangig.

Im Frühjahr 1946 traten die Nationalregierung Azerbaidjans und die Republik Kurdistan in Verhandlungen mit der Teheraner Zentralregierung. Man traf sowohl in Tabriz wie auch in Teheran zusammen. ES erscheint bemerkenswert, dass in Mahabad niemals politische Verhandlungen stattfanden.

Als die Rote Armee am 28. April 1946 Vorkehrungen begann, iranisches Territorium zu verlassen, brach eine azerbaidjanische Delegation unter der Führung Pischavaris nach Teheran zu Verhandlung auf. Diese Delegation hielt sich geraume Zeit in Teheran auf, ihre vorgebrachten Forderungen - vor allem der Weiterbestand der azerbaidjanischen Streitkräfte - wurden jedoch auf Befehl Reza Schahs von der Zentralregierung abgelehnt.

Hama Hossein Seif Qazi fungierte in dieser Delegation als Vertreter der Republik Kurdistan, er war jedoch weder an den wesentlichen Verhandlungen mit Ministerpräsident Kavam noch an den Unterredungen mit dem sowjetischen Botschafter Sadchikov beteiligt. Schließlich wurden die Verhandlungen ohne nennenswerte Resultate abgebrochen.

Am 13. Mai warf Kavam der azerbaidjanischen Delegation mangelnde Bereitschaft vor, die Vorschläge der Zentralregierung zu akzeptieren. Am 14. Mai kehrte Pischavari nach Tabriz mit der Nachricht zurück, dass die Zentralregierung die bedingungslose Kapitulation Azerbaidjans fordere. Am 15. Juni langte eine Teheraner Gesandtschaft unter der Leitung Mozafar Firuz in Tabriz der Zentralregierung und der Nationalregierung von Azerbaidjan folgendes Übereinkommen getroffen:

Die Azerbaidjaner verlautbarten, dass sich die Nationalregierung Azerbaidjan als dem Iran zugehörig verstünde und ihre Forderungen nur innerhalb der iranischen Grenzen stellte. Weiters wurde der Zentralregierung die Zusicherung gegeben, dass Azerbaidjan keine Separation vom Iran anstrebe.

Kurdistan war im Verlauf dieser Verahndlungen zu einem Teilgebiet Azerbaidjans erklärt worden. Mit dem Resultat, dass das kurdische Volk als eine Minderheit im Iran nunmehr zu einer Minderheit innerhalb Azerbaidjans degradiertt worden war und ihm somit jeder Anspruch auf eigenständige politische Identität abgesprochen wurde.

Während die Regierung Azerbaidjans in den Status der Legitimität aufgestiegen war - Teheran hatte sie weitgehend anerkannt - und Dr. Salamula Javid zum Gouverneur von Azerbaidjan ernannt wurde, hatte es keinen separaten Unterredungen bezüglich Kurdistan gegeben. Kurdistan wurde lediglich als ein Teilgebiet Azerbaidjans bezeichnet.

ES liegt auf der Hand, dass ein derartiges Abkommen von der demokratischen Partei und der Republik Kurdistan nicht akzeptiert und bestätigt werden konnte, denn diese wäre einem völligen Ausradieren der neugegründeten Republik Kurdistan und all ihrer bereits realisierten Programmpunkte gleichgekommen.

Daher brach Qazi Mohammed Anfang August 1946 mit einigen Regierungsfunktionären der Republik nach Teheran auf. Diese Reise führte zu dem Ergebnis, dass die Zentralregierung wie auch Kavam der Schaffung einer neuen Provinz, die "Kurdistan" benannt werden sollte, zustimmten. Das Gebiet der Provinz Kurdistan sollte sich entlang der Grenze mit der UdSSR bis zur Region Kamiaran zwischen den Städten Kermanshah und Sanandaj erstrecken. Diese Provinz würde den Verwaltungsbehörden der Republik Kurdistan unterstehen, Qazi Mohammed sollte zum Generalgouverneur ernannt werden.

die Region Kermanshah wurde der Provinz nicht zugeordnet. Unter keinen Umständen hätte die Zentralregierung eingewilligt - es wäre ihr auch nicht möglich gewesen -, Kermanshah als eine Teil Kurdistans zu akzeptieren. Denn das Erdöl um Kermashah wurde von der britischen Erdölgesellschaft gefördert und somit befand sich Kermanshah unter britischen Einfluss.

Als realistisch denkender Mensch vermied es Qazi Mohammed, England vollends zum Feind der Republik Kurdistan zu machen. Er ging daher davon aus, dass eine Angliederung der Region Kermanshah an Kurdistan unter den gegebenen Umständen nicht zu verwirklichen wäre.

Kavam stimmte nach außen hin den ausgehandelten Punkten zu, stellte jedoch sehr geschickt die Bedingung, er würde erst dann seine endgültige Zusage geben, wenn Dr. Salamula Javid, der Generalgouverneur von Azerbaidjan, nichts dagegen einzuwenden hätte.

Offensichtlich beabsichtigte Kavam, eine Lösung dieser Frage hinauszuzögern und Hindernisse in den Weg zu legen. Später sollte sich herausstellen, dass Kavams Taktik darauf abzielte, solange Zeit zu gewinnen, bis sich die Rote Armee zur Gänze aus dem Iran zurückgezogen hatte. Währenddessen wollte die Zentralregierung eine günstige Gelegenheit abwarten und die Schah-Armee auf eine Rückeroberung Azerbaidjans und Kurdistans vorbereiten.

Als Qazi Mohammed aus Teheran zurückkehrte, hatte er nichts Konkretes in der Hand. Der kurdischen Republik war kein legaler Status zugestanden worden. Man war mit einem Versprechen abgespeist worden, welches an sich zweifelhaft erschien.

4. Die Kampffront

Die Republik schloss etwa ein Drittel Iranisch-Kurdistan ein, Südkurdistan befand sich von Saqqez bis Kermanshah unter der Herrschaft der Zentralregierung. Eine der grundlegendsten Fragen für die Führungsspitze der Republik war die Entscheidung, ob die Republik ihren Herrschaftsbereich ausweiten und auch Südkurdistan befreien oder innerhalb des engen Rahmens der bereits kontrollierten Gebiete verbleiben sollte.

Damals bestand die Gefahr, dass die Zentralregierung in der Region Saqqez mit ihren Militärbasen in Sardascht und Baneh im Falle einer gespannten Lage in diesem Gebiet zum Schlag gegen die Republik Kurdistan ausholen würde. Aus diesem Grund war das Hauptkontingent der Peschmerga-Kräfte an dieser Front eingesetzt. 25)

Die Statistiken zeigen, dass im Frühjahr 1946 insgesamt 12.750 Peschmerga entlang dieser Front stationiert waren, davon 10.750 Mann iranische Kurden (Kavallerie) und 2000 Mann Barzani (Infanterie).

in der frage, ob man nach Süden angreifen sollte oder nicht, nahm die kurdische Republik eine unklare Haltung ein. Daher beschränkte sich die Aufgabe dieser Front lediglich darauf, einen etwaigen Vorstoß der iranischen Armee in Richtung Norden zu verhindern. Mit einem Wort, diese gewaltige militärische Kraft beschränkte sich auf eine Verteidigungsposition.

Zur damaligen Zeit stellten 12.750 bewaffnete Männer in quantitativer Hinsicht eine beträchtliche Streitmacht dar, qualitativ waren jedoch einige gravierende Schwachpunkte gegeben:

1. Wenn auch die Kampfverbände als Peschmergastreitkräfte bzw. Streitkräfte der Republik bezeichnet wurden, so handelte es sich im Grunde genommen um Stammes-Kampfverbände. In sämtlichen Gebieten lag die Truppenführung in den Händen der Stammesführer. Dieser Zustand erwies sich in zweierlei Hinsicht als nachteilig: Erstens unterstanden die Peschmerga mehr der Befehlsgewalt ihrer Stammesführer als den Regierungsorganen der Republik; sie handelten nicht unter der Führung der Republik sondern unter dem Kommando der Stammesführer. Zweitens mangelte es den bewaffneten Kräften an der nötigen Disziplin. Darüber hinaus standen die Stammesführer in einem ständigen Konkurrenzkampf untereinander und stellten die eigenen Stammesinteressen vor die Interessen der Gesamtbewegung.
2. Der Großteil der bewaffneten Männer waren Kavalleristen, die mit Waffen und Munition schlecht ausgerüstet waren. Man verfügte über zu wenige Selbstlade- und Maschinengewehre, die meisten waren mit einer "Berno" bewaffnet.
3. Ein weiterer Schwachpunkt war die mangelnde Ausbildung der Streitkräfte. Abgesehen von den Barzanis, die einige Jahre hindurch im Irak gekämpft und Kampferfahrung gesammelt hatten, war die Mehrzahl der an der front eingesetzten Peschmerga kampfunerfahren und ohne einen vorbereitende umfassende Kampfausbildung.

Jede Einheit wurde von einem einzigen Offizier betreut, der in zwei Aufgabenbereichen die Verantwortung trug:

Die Kampfausbildung der Peschmerga an der front, so weit es möglich war und die Sicherstellung von Nachschub und Versorgung für die Peschmerga.

Da die beiden Militärstützpunkte Sardascht und Baneh eingekreist waren und sich die Zufahrtstraßen Saqqez - Baneh sowie Saqqez - Sardascht unter der Kontrolle der Peschmerga befanden, stellte der Nachschub an Lebensmitteln, Waffen und Munition in diesem Gebiet für die iranische Armee ein akutes Problem dar. Auch die iranische Luftwaffe war damals nicht in der Lage, die beiden Kasernen über den Luftweg zu versorgen; deshalb unternahm die irakische Regierung den Versuch, die Straßenblockade zu durchbrechen.

Zu diesem Zeitpunkt setzte sich am 24. April 1946 eine 600 Mann starke Kolonne in Bewegung, im Dorf "Karawa" wurde sie in ein Feuergefecht mit Barzani-Kämpfern verwickelt. Dieser erste Überraschungsangriff der Barzanis endete mit 21 getöteten und 17 verwundeten Soldaten sowie 40 Gegangenen. Der übrige Teil der Kolonne zog sich nach Saqqez zurück.

Diese schwere Niederlage für die iranische Armee wirkte sich sehr positiv auf die Kampfmoral der Peschmerga an der Front von Saqqez und Baneh aus. Das Nationalbewusstsein wurde gestärkt und die Streitigkeiten unter den Stämmen verringerten sich ebenfalls. Die Nachricht über die Niederlage der Armee verbreitete sich in Kurdistan und in den Reihen der iranischen Armee bis nach Teheran sehr rasch.

Der Generalstab der iranischen Armee entsandte daraufhin Generalleutnant Razmara als Oberkommandierenden in die Region Saqqez.

Da die Armee zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war zurückzuschlagen, blieb ihr kein anderer Weg, als mit Vertretern der Republik Kurdistan in Verhandlungen zu treten.

Nach einem Zusammentreten beider Parteien am 26. Mai 1946 in Saqqez wurde in einigen Fragen Einigung erzielt. Es kam zu einem Waffenstillstand und um neuerliche Zusammenstöße zu vermeiden, wurde eine vier Kilometer breite neutrale Zone entlang der Routen Saqqez - Baneh und Saqqez - Bukan eingerichtet.

Die Vertreter der demokratischen Partei ließen Lebensmittellieferungen an die Militärbasen in Sardascht und Baneh zu, jedoch keinen Waffen- und Munitionsnachschub. Ferner wurde vereinbart, dass die DPK in Saqqez, Baneh und Sardascht offizielle Vertreter einsetzen würde, um die Kontakte zur iranischen Armee aufrechtzuerhalten, künftige Zusammenstöße zu verhindern und Krisensituationen zu entschärfen.

Wie jedoch zu erwarten war, wurde diese Absprache nicht eingehalten. So versuchte die Schah-Armee wiederholte Male, den Kasernen von Baneh und Sardascht, Waffen und Munition zukommen zu lassen. Daher kam es zeitweise zu kleineren bewaffneten Zwischenfällen entlang der Straßen Saqqez - Baneh und Saqqez - Bukan. 26)

Razmara startete nun einen massiven Angriff auf die kurdischen Streitkräfte. Nach langer Planungs- und Vorbereitungszeit griffen am 15. Juni zwei Artilleriebataillone mit Unterstützung der Luftwaffe die Barzanis in Mamascha an. Ein schwerer Kampf entbrannte, an dem sowohl Barzanis als auch andere Peschmergas beteiligt waren.

Da die Armee ein großes Truppenkontingent eingesetzt hatte, gelang es ihr, die Barzanis einzuschließen. Kalil Choschavi - einer der

tapfersten Barzani-Kommandanten fiel in diesem Kampf, woraufhin sich die Streitkräfte der Republik zurückzogen. Diesmal war der Sieg auf der Seite der iranischen Armee, und Tazmara wollte nun daraus den größtmöglichen politischen Nutzen ziehen.

Ende Juni 1946 fand im Dorf Sara - welches zwischen Bukan und Saqqez lag - ein Treffen zwischen Razmara und Qazi Mohammed statt. Es wurde vereinbart, das bereits unterzeichnete Abkommen vom 26. Mai auf beiden Seiten einzuhalten und den Feuerstillstand weiterhin aufrechtzuerhalten.

Razmaras Ziel war es, Zeit zu gewinnen und die republikanischen Streitkräfte in einer Verteidigungsposition zu halten, um somit einen Vorstoß Richtung Süden oder einen Angriff auf die Armee der Zentralregierung zu verhindern.

nach dem Gefecht in Mamascha verstärkte sich unter den Peschmergakräften die Überzeugung, dass man die iranische Armee in einer massiven großoffensive im Gebiet Saqqez angreifen sollte. Man wollte so weit nach Süden vordringen, dass auch die Stadt Sanandadj befreit werden konnte. Die kurdischen Streitkräfte waren zahlenmäßig stark und verfügten über eine hohe Kampfmoral. Es wäre zu erwarten gewesen, dass im Falle eines Angriffs mit diszipliniertes Kampfführung die Schah-Armee nicht in der Lage sein würde, die Peschmergakräfte zum Stillstand zu bringen.

Ein neuer Umstand griff jedoch in das Geschehen ein und sollte einen Vorstoß der Republik Kurdistan in Richtung Süden verhindern.

Am 20. Juni 1946 hatten der sowjetische Konsul aus Urmia Haschimov und Qazi Mohammed im Dorf Sara eine Unterredung. Haschimov stellte an die kurdische Republik die Forderung, die iranische Armee nicht anzugreifen, da andernfalls ein Krieg, der von der UdSSR nicht befürwortet würde, ausgelöst werden könnte. In einem solchen Fall würde die Sowjetunion der Republik Kurdistan keine militärische Hilfe anbieten.

Um nun einen Entscheidung zu treffen, hatten Qazi Mohammed und andere Führungspersönlichkeiten der demokratischen Partei die Lage Kurdistans wie auch die allgemeine Situation im Iran umfassend zu analysieren. Einerseits hatte die Rote Armee den Iran verlassen und in Tabriz war das Abkommen "Muzafari Firuz - Pischavari" unterzeichnet worden, andererseits hatten die Regierungen des Iran und der Sowjetunion den Vertrag über eine gemeinsame Erdölgesellschaft geschlossen.

Unter Einbeziehung all dieser Faktoren kam Qazi Mohammed zu dem Schluss, dass ein Angriff auf die iranische Armee von Nachteil wäre und wahrscheinlich zu einer drastischen Verschlechterung der Beziehung zwischen der Republik Kurdistan und der UdSSR geführt hätte.

Dies war eine Entscheidung, deren Folgen sich auch auf das Schicksal der Republik auswirkten. Nun blieb die Republik bis zu ihrem Ende innerhalb jenes engen territorialen Rahmens bestehen, in dem sie zu Beginn errichtet worden war. Die Kurdische Republik regierte demnach weiterhin nur ein Drittel Iranisch-Kurdistans.

5. Die Kapitulation

Ministerpräsident Kavam setzte seine taktischen Manöver fort. Um Zeit zu gewinnen, gab er vor, die Vereinigung und Bildung einer breiten front aller patriotischen und demokratischen Kräfte des Iran anzustreben. nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Azerbaidjanischen Nationalregierung und der Teheraner Zentralregierung setzte Kavam einige weitere Schritte, die die Aufmerksamkeit der demokratischen und linken Kräfte erregen sollten.

Am 2. August 1946 wurden drei Ministerposten des Kavam-Kabinetts an drei führende Funktionäre der Tudeh-Partei vergeben: Iraj Askandari wurde zum Minister für Arbeit und Kunst ernannt, Dr. Fareidun Kaschavarz zum Kulturminister und Mortaza Jazdi zum Gesundheitsminister.

Mit diesem Schachzug wollte Kavam seine Bereitschaft vortäuschen, auch die Tudeh-Partei machtpolitisch zu beteiligen und eine demokratische Volksregierung zu bilden. Die Zentralregierung gab sich den Anschein, als ob sie nun tatsächlich die Interessen der Bevölkerungsmassen des gesamten Iran vertreten würde. denn - wie bereits erwähnt - hatte sich die national -demokratische Bewegung im Iran so weit entwickelt, dass man sie durchaus als die mächtigste politische Kraft im Iran bezeichnen konnte.

Außerdem täuschte Kavam auf geschickte Weise vor, zwischen ihm und dem Schah wäre es wegen der Einberufung von Tudeh-Funktionären in Ministerkabinetts, dem abkommen mit Azerbaidjan sowie einiger weiter ansatzweise demokratischer Maßnahmen zu Konflikten gekommen. Damals war die Führung der Tudeh-Partei und sogar die Parteispitze der azerbaidjanischen Firka in dem Glauben, dass Kavam den Iran tatsächlich auf den Weg zur Demokratisierung führen werde. Man meinte, eines Tages würde er den Schah ausschalten und den Iran in eine demokratische Republik umwandeln.

In Wahrheit verhielt es sich jedoch so, dass es vielleicht im äußersten fall Unstimmigkeiten über Vorgangsweise und Taktik zwischen Kavam und

dem Schah gab, geschah doch jeder Schritt Kavams nicht nur mit der Zustimmung des Schahs sondern auch mit dem Einverständnis der U.S.A. und Englands.

Die Politik Kavams folgte einem bereits festgelegten Plan, dessen Zielsetzung die Schwächung und in weiterer Folge Zerschlagung der demokratischen Bewegung der iranischen Völker war. Kavam wartete lediglich eine günstige Gelegenheit ab, um zum entscheidenden Schlag auszuholen.

Und so geschah es dann auch. Am 29. Juni 1946 wurde von Kavam die Regierungspartei "demokratische Partei Iran" gegründet. Diese Partei sollte nach außen hin als Verbündeter der demokratischen und linken Parteien, die eine fortschrittliche Front gebildet hatten, auftreten. Tatsache ist jedoch, dass die demokratische Partei Iran als Widersacher dieser Parteien, vor allem der Tudeh-Partei, ins Leben gerufen worden war.

Die landesweiten Wahlen dienten Ministerpräsident Kavam als Vorwand für seine Forderung, die iranische Armee zur besseren Kontrolle der "freien" Wahlen in Kurdistan und Azerbaidjan einmarschieren zu lassen. Er brachte das Argument vor, in diesen zwei Regionen wären freie Wahlen ohne Anwesenheit der iranischen Armee nicht durchführbar. 27)

Dies war das erste Anzeichen für Kavams politischen Kurswechsel. Doch hätte man den Lauf der Geschehnisse aufmerksam mitverfolgt, so wären bereits zu einem früheren Zeitpunkt genügend Hinweise auf Kavams Doppelzüngigkeit ins Auge gesprungen.

So etwa war das Firuz-Pischavari-Abkommen von der Zentralregierung niemals bestätigt sondern zur Gänze ignoriert worden. Im Juni 1946, bereits zwei Tage nach Abschluss des Abkommens, traten einige Personen als Provinzrat von Chuzistan auf (ihre Namen wurden nie bekanntgegeben!) und forderten die gleichen Rechte, wie sie Azerbaidjan zuerkannt worden waren.

Kurz danach wurde auf Betreiben der englischen Erdölgesellschaft in Chuzistan eine Stammesunion gegründet, die gleichlautende Forderungen vorbrachte.

Kavam sorgte außerdem dafür, dass sich am 14. September 1946 in der Provinz Fars die beiden Stämme Kaschkai und Boirahmadi erhoben. Diese entwaffneten Streitkräfte der Zentralregierung und griffen die Arbeiterorganisation und die Tudeh-Partei an und forderten den Ausschluss der Tudeh-Minister aus dem Regierungskabinett sowie Autonomie für die Provinz Fars. Die Teheraner Behörden verurteilten zwar den Laufstand, die Armee tat jedoch nichts, um die Rebellion niederzuschlagen.

Ziel dieses abgekarteten Spiels war es, freie Hand zur Niederschlagung

Azerbaidjans und Kurdistans zu bekommen. Allmählich trat zutage, mit welcher Konsequenz Kavam seinen Politik durchführte.

Im November entsandte er ein Armeekontingent nach Zanzan mit der Begründung, Zanzan gehöre nicht zu Azerbaidjan. Es war offensichtlich, dass die Besetzung von Zanzan der Beginn für die Entsendung der Armee in andere Gebiete Azerbaidjans und auch Kurdistans war. So stellte Kavam unter Beweis, welcher ein brillanter Meister er im Taktieren und Volksbetrug war. Es mutet umso grotesker an, dass Kavam wiederholte behauptete, es sei unter seiner Würde, Demagogie zu betreiben.

Die reibungslose Einnahme von Zanzan war für die Azerbaidjanische Nationalregierung nicht nur in militärischer und politischer Hinsicht sondern auch moralisch eine schwere Niederlage. In der Folge kam nämlich eine Geisteshaltung auf, die von der Idee der Kapitulation dominiert wurde.

Die Rückeroberung der Stadt Zanzan ohne jeden Kampf ermutigte die Schah-Armee, so rasch wie möglich ganz Azerbaidjan zu besetzen. Auf der anderen Seite sank die Kampfmoral der Firka-Kräfte stark ab, ihr Widerstand lag danieder.

Zanzan war später der Ausgangspunkt für den Großangriff auf ganz Azerbaidjan; die Regierung Kavam konnte ihre Truppen über Zanzan sowohl nach Kurdistan wie auch nach Tabriz entsenden. Nach dem Verlust von Zanzan traten die Schwachstellen der azerbaidjanischen Nationalregierung hervor, so etwas die Tatsache, dass die städtischen mittleren Klassen und Schichten keine besondere Sympathie für sie empfanden. Das Schah-Regime kalkulierte diesen Umstand bei der Besetzung Azerbaidjans mit ein.

Entgegen der Behauptung mancher Leute -die auch heute auf ihrer Meinung beharren - war die Teheraner Regierung militärisch keineswegs so mächtig.

Die Armee, die nach Azerbaidjan entsendet wurde, war nicht mehr als 20.000 Mann stark, davon dienten 3.000 Mann als Tscheriks (Freiwilligenmiliz), heute als Djasch (Kollaborateur) bezeichnet. Die gesamte Armee verfügte über 30 Panzer, einige Kanonen sowie über einige veraltete Flugzeuge, die für die Front nicht einsatzfähig waren, sondern mehr zur Abschreckung dienten. 28)

Hingegen hatte Azerbaidjan mehr als 18.000 gut ausgerüstete Fidais an der front stationiert. Obwohl die Fidais über keine schweren Waffen wie Kanonen und Panzer verfügten, waren sie dennoch hinreichend mit guten Waffen versorgt. Auch gab es etliche schwer passierbare Orte wie Qaflanku, wo man den Vormarsch der Schah-Armee in Richtung Tabiz hätte abwehren können.

Die politische Schwächung der Führung der azerbaidjanischen Nationalregierung, die Ablehnung eines Krieges zwischen Azerbidjan und der Zentralregierung von Seiten der UdSSR und die fehlende Unterstützung der azerbaidjanischen Bevölkerungsmehrheit im Besonderen der städtischen mittleren Klassen und schichten - waren wohl die Ursache dafür, dass allein im Gebiet um Qaflanku ein gewisser Widerstand geleistet wurde. Dieser Widerstand wurde jedoch rasch aufgerieben und die iranische Armee setzte ihren Vormarsch fort.

Auf der Route nach Tabriz stellte sich kein Widerstand entgegen und noch bevor die Armee Tabriz erreicht hatte, gaben die Funktionäre der azerbaidjanischen Firka am 11. Dezember 1946 offiziell ihre Kapitulation bekannt. Viele von ihnen flohen in die Sowjetunion.

Es sei erwähnt, dass nach der Ankündigung Kavams, Truppen nach Azerbidjan zu entsenden, die Entscheidung der Führung der demokratischen Firka Azerbaidjan "Widerstand leisten" lautete. Bis wenige Tage vor dem Eintreffen der Armee wurde die Parole ausgegeben "Lieber den Tod als Rückzug! (Öldi war, dondi jochi)".

Die Geschichte zeigte jedoch, dass diese Parole sich in der Realität als doppelbödig erwies: Die Führer flohen, aber die Bevölkerungsmassen blieben und bezahlten mit dem Tod.

Bei genauer Betrachtung lässt sich erkennen, dass die einzelnen sowjetischen Vertreter im Iran hinsichtlich der frage, welche Haltung die Nationalregierung Azerbaidjans gegenüber der Zentralregierung einnehmen sollte, unterschiedliche Auffassungen sich die Bevölkerung von Azerbaidjan der iranischen Armee entgegenstellt hätte und die Nationalregierung erhalten geblieben wäre.

Für Sadchikov - den sowjetischen Botschafter in Teheran, welcher aus Moskau direkte Anweisungen von Molotow und Stalin erhielt und das bilaterale Abkommen über Erdölgewinnung im Nordiran gemeinsam mit Kavam unterzeichnet hatte - war das Weiterbestehen der Nationalregierung Pischavaris von keiner besonderen Bedeutung.

Am 12. Dezember 1946, auf den Tag genau ein Jahr nach der Gründung der Nationalregierung von Azerbaidjan, traf die Armee der Zentralregierung in Tabriz ein. Bereits vor dem Eintreffen der Truppen gingen die Schaltstellen der Macht in die Hände jener Leute über die bereits als

Feinde der Demokratischen Firka Azerbaidjan galten. Dies führte dazu, dass in Tabriz nicht das geringste Anzeichen von Widerstand gegen die Armee zu sehen war. Waren doch bereits vor Ankunft der Truppen einige hundert Verantwortungsträger der Firka hingerichtet worden. Auf diese Weise endete das einjährige Bestehen der Nationalregierung Azerbaidjan.

Dieser historische Ausgang hatte politische und moralisch gesehen äußerst negative Auswirkungen sowohl auf jenen Generation, die an der demokratischen Bewegung aktiv teilgenommen hatte, als auch auf die nachfolgenden Generationen zur Folge. Für die einfache Bevölkerung kam die Kapitulation völlig unvorhergesehen. Mit einem Mal zeigte sich, dass die Führung der Demokratischen Firka Azerbaidjan keineswegs jenes Ansehen verdiente und über genügend politische Fähigkeiten verfügte.

Doch auch wenn sie nicht in der Lage war, gegen die Schah-Armee Widerstand zu leisten, so hätte sie zumindest einen geordneten Rückzug organisieren und damit verhindern können, dass die Mitglieder und Kader der Firka derart massakriert wurden. Die Führer der Demokratischen Firka flüchteten aus Azerbaidjan, ohne den politischen und militärischen Kadern der Firka und der Nationalregierung ihren Entschluss zur Kapitulation rechtzeitig mitgeteilt zu haben. deshalb konnte es dazu kommen, dass viele der Firka-Kader auf bestialische Weisen von den Reaktionären getötet wurden, ebenso viel wurden geplündert und ihrer Lebensgrundlage beraubt. So sah die "Freiheit" aus, die Kavam zur Durchführung ordentlicher Parlamentswahlen für notwendig hielt!

Nach der Einnahme von Tabriz gingen die azerbaidjanischen städte, eine nach der anderen, die die Hand der Zentralregierung über. dabei zögerte die Armee bewusst ihr Eintreffen in den jeweiligen Städten hinaus, um den reaktionären Banden genügend Zeit zu geben, die Mitglieder und Sympathisanten der Demokratischen Firka ohne gerichtliche Verhandlung zu liquidieren.

Nach einer schätzungsweise, unvollständigen Statistik fielen allein innerhalb einer Woche (12. - 18. Dezember 1946) in den azerbaidjanischen Städten und Dörfern an die 15.000 Menschen den "Säuberungen" der Reaktionäre zum Opfer.

6. Die letzten Tage der Republik Kurdistan

Im Dezember 1946 spürte man in Mahabad die nahende Gefahr. Auf

Initiative Qazi Mohammed wurde am 5. Dezember ein Kriegsrat gebildet, dem zehn Personen - an ihrer Spitze Qazi Mohammed -, angehörten. Es wurde der Entschluss bekräftigt, gegenüber der Armee der Zentralregierung Widerstand zu leisten.

Am darauffolgenden Tag wurde die Bevölkerung zu einer Versammlung in der Moschee Habsaga aufgerufen, um über diese Frage zu entscheiden. Qazi Mohammed, Sadr Qazi und zahlreiche anderer vertraten die Ansicht, man müsse sich der Armee entgegenstellen. Dazu die Worte Sadr Qazis:

"Die Zentralregierung ist nicht in der Lage zur selben Zeit an zwei Fronten, nämlich Kurdistan und Azerbaidjan, Krieg zu führen. Ich selbst lebte beinahe drei Jahre lang in Teheran und weiß über die Kampfmoral der Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere Bescheid. Die Regierung ist in Saggez, Tikab und Sardascht kraftlos, mit Hilfe der demokratischen Fidaïs können wir die Streitkräfte der Zentralregierung zerschlagen. Früher hat sich so mancher Stamm lange Zeit hindurch gegen die Armee der Zentralregierung behauptet. Ihr seid sicherlich nicht schwächer als sie, wir dürfen uns nicht aus Angst verkriechen, sondern wir müssen kämpfen." 29)

Von den Bewohnern Mahabads meldeten sich jedoch auch andere Stimmen wie Mullah Abdulah Modarisi und Mullah Hosein Madjdi zu Wort und brachten vor, dass jeder Widerstand zwecklos wäre. So verbreitete sich eine defätistische Haltung unter der Bevölkerung.

Einige Stammesführer, vor allem die der Mangor und der Mamasch hatten geradezu auf einen solchen Moment gewartet und waren sehr schnell zu Verrat bereit.

Diese Stämme wandten sich nun von der Republik Kurdistan ab und boten bei der ersten besten Gelegenheit der Zentralregierung ihre Zusammenarbeit an.

Nachdem Tabriz besetzt worden war, brachte die Armee der Zentralregierung sämtliche azerbaidjanischen Städte unter ihre Kontrolle. Brigadengeneral Homajuni, der vom Generalstab mit der Okkupation Kurdistans beauftragt worden war, traf in der Stadt Miandub ein. Am 14. Dezember empfingen ihn einige namhafte Persönlichkeiten aus Mahabad - hauptsächlich jene, welche gegen die Republik arbeiteten - mit einigen Stammesführern und bekräftigten ihm gegenüber im Namen der Stadt Mahabad ihre Treue und Ergebenheit. Unter diesen Leuten befanden sich Mirza Rahmat Schafei, Scheich Hassan Schamsborhani und Ali Aga Elchanizadeh. Die Bevölkerung von Mahabad wartete jedoch ab, welchen Entschluss Qazi Mohammed fassen würde.

Qazi Mohammed stand zweifelsohne vor einer historischen Entscheidung. Bei dieser Entscheidung musste er die Lage Kurdistans und die allgemeine Situation im Iran wie auch das internationale Umfeld in Betracht ziehen. Wie eingangs erwähnt, war sich Qazi Mohammed bewusst,

dass von Seiten der Sowjetunion keine militärische Unterstützung zu erwarten war. Durch die Kapitulation der Führung der Demokratischen Firka Azerbaidjans musste er auch davon ausgehen, dass die politische Kraft Azerbaidjans zerschlagen worden war, was sich selbstverständlich auf alle Entscheidungen in Mahabad auswirkte.

In anderen iranischen Gebieten außerhalb Azerbaidjans und Kurdistans hatte die reaktionäre Kraft einen massiven Angriff auf die demokratischen Organisationen, im besonderen auf die Tudeh-Partei in Gang gesetzt. Am 3. Dezember 1946 organisierte die Tudeh-Partei in Zirab (im Gebiet Mazandaran einen bewaffneten Aufstand.

Obwohl sich die Partei geraume Zeit auf einen bewaffneten Kampf vorbereitet hatte, wurde dieser durch eine Offensive von armee- und Polizeieinheiten bereits im Keim erstickt. Am 13. Dezember besetzte man in Teheran die Parteilokale der Tudeh-Partei, woraufhin sich ein Teil der Tudeh-Parteiführung ins Ausland absetzte.

Es kam nun zu einer verhängnisvollen Situation: Die Führung der Tudeh-Partei in Teheran nahm alle Schikanen der Zentralregierung hin, in der Hoffnung, Azerbaidjan und Kurdistan würden die Offensive der Zentralregierung zurückschlagen und damit der Tudeh-partei ermöglichen, in anderen Gebieten des Iran neuerlich Fuß zu fassen. Gleichzeitig gaben sich die Führungen Azerbaidjans und Kurdistans der Hoffnung hin, Die Tudeh-Partei würde in Teheran Maßnahmen ergreifen, die zur Erhebung der demokratischen Kräfte gegen die Zentralregierung führen würde und wodurch ein militärischer Angriff auf Azerbiadjan und Kurdistan zum Stillstand gekommen wäre.

Qazi Mohammed hatte allerdings bereits jede Hoffnung auf unterstützende Aktivitäten seitens der demokratischen Kräfte des Iran aufgegeben. Es zeigte sich auch tatsächlich, dass jene Front der demokratischen Organisationen - welcher die Tudah-Partei, die Iranische Partei usw. angehörten - angesichts der politischen Lage des Dezember 1946 weder über ein konkretes Programm verfügte noch über die geringste Möglichkeit, der Kurdischen Republik gemeinsam Hilfe zu leisten. Zum damaligen Zeitpunkt hatten diese Parteien bereits stark an Kampfmoral verloren und ihre Organisationen waren zerfallen.

Auch innerhalb der Republik bot sich das Bild allgemeiner Verwirrung. Die Stammesführer, die den Großteil der Peschmergakräfte unter ihrer Befehlsgewalt hatten, kehrten einer nach dem anderen der anderen der Republik den Rücken zu, wie auch so manche Mulahs und Reiche der Stadt Mahabad Humajuni ihre Aufwartung machten.

ES gab weder eine revolutionäre Führung noch Kader, die den Widerstand hätten organisieren können; auch fehlte eine funktionierende Parteiorganisation, die in einer kritischen Situation unter der Aufsicht der Parteiführung zu opferbereitem Einsatz bereit gewesen wäre.

Alle diese Faktoren bewogen Qazi Mohammed zu dem Schluss, dass die Republik Kurdistan nicht in der Lage sei, gegen die Zentralregierung Widerstand zu leisten. Qazi Mohammeds alleiniges Ziel war es nun, die Bevölkerung Mahabads und die Einwohner der Republik Kurdistan vor einem Blutbad zu bewahren. Aufgrund der vorhergegangenen Ereignisse wusste er sehr wohl die Verschlagenheit des reaktionären Regimes in Teheran einzuschätzen. Gleichzeitig fühlte er sich gegenüber dem kurdischen Volk verpflichtet, eine Situation zu schaffen, die es vor Vertreibung und Massakern bewahren würde.

Am 14. Dezember traf ein Großteil der Führung der Demokratischen Partei im Haus Qazi Mohammeds zusammen, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. Tatsächlich war die Entscheidung jedoch bereits gefallen, der Armee der Zentralregierung keinen Widerstand entgegenzusetzen. Nun mussten die Führer über ihr eigenes Schicksal beraten und festlegen, in welches Land man flüchten würde. In die Sowjetunion oder in den Irak?

Qazi Mohammed akzeptierte den Entschluss zur Flucht und wandte sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: "Geht nur, ich aber bleibe bei der Bevölkerung Mahabads." Mullah Mustafa Barzani, welcher Qazi Mohammed am 16. Dezember zum letzten Mal aufsuchte, drang auf ihn ein, sich dem Rückzug der Barzanis anzuschließen. Er versicherte Qazi Mohammed, dass die Barzanis bereit wären, sich seiner Befehlsgewalt zu unterstellen. Qazi Mohammeds Antwort lautete: "Ich weiß, dass ich mein Leben in Gefahr bringe, doch was tut das zur Sache. Ich lasse das Volk nicht alleine zurück!" 30)

Am 17. Dezember - auf den Tag genau ein Jahr nach der Entwaffnung der Polizeikommandatur von Mahabad, als die politische Macht in die Hand des Volkes übergegangen war - marschierten die Truppen der Zentralregierung in Mahabad ein und besetzten die Stadt.

Da der überwiegende Teil der Bevölkerung in Mahabad ebenso wie in den Städten Bukan, Schno und Naghadeh die Republik Kurdistan unterstützte, kam es vor dem Eintreffen der Armee zu keinen Willkürakten, die sich gegen die Führung der demokratischen Partei und der Republik gerichtet hätten.

Mit dem Einmarsch der Schah-Armee wurde die Republik Kurdistan zerschlagen und ihre kurze Existenz war beendet. Bis zum 21. Dezember blieb es in Mahabad ruhig. Manche Bewohner verbargen ihr kleineren Waffen (Pistolen etc.) und übergaben ihre Gewehre der Armee, andere wiederum hielten ihre Waffen zurück.

Nun ließ Homajuni die Führung der Demokratischen Partei und der Kurdischen Republik zu sich rufen und verlangte die Ablieferung aller Waffen, die aus der UdSSR gekommen waren. Man erwiderte ihm, dass diese Waffen unter der Bevölkerung verteilt worden wären und die Namensliste

vor dem Eintreffen der Armee verbrannt worden wäre. deshalb wäre es nicht möglich, jene Personen, welche Waffen erhalten haben, ausfindig zu machen. Für die Vernichtung der Namensliste übernahm Qazi Mohammed persönlich die Verantwortung.

Nach der Versammlung erteilte Homajuni den Befehl, alle im Rathaus befindlichen Personen zu verhaften. 28 führende Persönlichkeiten der Demokratischen Partei und der Republik Kurdistan - darunter Qazi Mohammed - wurden als Gefangene abgeführt.

7. Der Prozess

Ende Dezember 1946 wurde das Gerichtsverfahren gegen Qazi Mohammed und Hossein Seif Qazi eröffnet. Sadr Qazi wurde am 30. Dezember 1946 ebenfalls von Teheran nach Mahabad überstellt. Somit stellte man alle drei Qazis gemeinsam vor Gericht.

Der Prozess wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, der Ablauf der Verhandlungen wurde von den Behörden streng geheim gehalten. Als Qazi Mohammed und seine Gefährten die Forderung vorbrachten, ihren Verteidiger selbst zu wählen, wurde dies vom Gericht abgelehnt. Oberst Firzi, welcher sich bereits zur Zeit der Kurdischen Republik als Vertreter der iranischen Armee in Mahabad aufgehalten hatte und eine extrem feinselige Haltung gegenüber der demokratischen Bewegung des kurdischen Volkes wie auch gegenüber der Person Qazi Mohammeds einnahm, wurde zum Oberrichter bestellt.

Die Geheimhaltung des Prozesses, die Verweigerung eines Verteidigers nach eigener Wahl sowie die Tatsache, dass vom Gericht ein Verteidiger aufgezwungen worden war, konnte Qazi Mohammed nicht daran hindern, am 9. Jänner 1947 seine Verteidigung selbst vorzubringen.

Seine Verteidigungsrede, worin er sämtliche Beschuldigungen seitens des Marionettentribunals der Schah-Armee zurückwies, nahm das Gericht 14 stunden lang in Anspruch. Die vorhandenen Dokumente und Materialien, sogar solche aus der Feder der Reaktionäre, belegen in aller Deutlichkeit, dass Qazi Mohammed im vollsten Bewusstsein seiner historischen Verantwortung die Forderungen des kurdischen Volkes, die Ziele der DPK sowie die Politik der Republik Kurdistan verteidigte, soweit es in seiner Macht stand und innerhalb des formalen Rahmens eines Militärgerichts möglich war.

Während der letzten Tage der Republik war sich Qazi Mohammed zweier Dinge bewusst: Zum ersten sah er sehr wohl voraus, dass ihn der Tod erwartete. Die Erfahrung jahrelangen Kampfes des kurdischen Volkes hatte ihn gelehrt, dass die Kurden einem gewalttätigen und gewissenlosen Feind, der nach ihrem Blut dürstete, gegenüberstanden. deshalb nahm Qazi Mohammed vor Gericht die volle Verantwortung für die

Aktivitäten der Kurdischen Republik auf sich.

Er wollte auf diese Weise die Prinzipien und Zielen von Partei und Volk treu bleiben und das Strafausmaß seiner Kameraden verringern, indem er soweit wie möglich Verantwortung auf sich nahm.

Zum zweiten wusste Qazi Mohammed, dass nicht seiner Person sondern der demokratischen Bewegung des kurdischen Volkes der Prozess gemacht wurde. Es waren die Wünsche und Forderungen der unterdrückten kurdischen Volksmassen, welche vom Militärgericht als Verbrechen angeprangert wurden.

Daher verteidigte Qazi Mohammed die Republik Kurdistan mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und stellte mit seiner heldenhaften Standhaftigkeit gegenüber den Schergen des Schah-Regimes seine hervorragenden Führerqualitäten unter Beweis. Die Geschichte hat belegt, dass die Feind jedes Volkes einer Persönlichkeit wie Qazi Mohammed niemals verzeihen.

Man ließ nichts unversucht, um Qazi Mohammed dazu zu bewegen, seien Handlungen zu widerrufen und reuevoll um Gnade zu bitten. Qazi Mohammed dachte jedoch nicht daran, zu Kriechen zu kriechen; vielmehr war er es, der Militärgericht und Behörden der kaiserlichen Armee in die Knie zwang. Er brachte dies in die Situation, seiner Persönlichkeit und Furchtlosigkeit machtlos gegenüberzustehen. Hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Verteidigung hob Qazi Mohammed auf eine Beleidigung des kurdischen Volkes hin seinen Sessel und warf ihn nach dem Richter.

Nicht nur die reaktionären iranischen Kreise sondern auch der amerikanisch-britische Imperialismus als ausländischer Drahtzieher gaben die Hoffnung nicht auf, Qazi Mohammed dazu zu bringen, sich von seinen politischen Aktivitäten und von seinem Volk zu distanzieren und zu kapitulieren.

Dieser lehnte jedoch ebenso die Angebote ab, die ihm von US-Vertretern zehn Tage vor seiner Hinrichtung unterbreitet wurden. Qazi Mohammed ließ sich auch von dieser Seite nicht unter Druck setzen, weder ihre Drohungen noch ihre Versprechungen beeindruckten ihn.

Er blieb bei dem Schwur, den er am 13. Februar 1946 seinem Volk und seiner Heimat geleistet hatte, treu und starb den Heldentod, damit das kurdische Volk aufrechten Hauptes einen Weg fortsetzen konnte.

Am 23. Jänner 1947 – genau ein Jahr und einen Tag nach seiner Wahl zum Präsidenten der Republik Kurdistan – wurden Qazi Mohammed und seine Gefährten zum Tode verurteilt. Man zögerte jedoch die Vollstreckung des Urteils lange Zeit hinaus. Erst am 30. März 1947, nach einem Zeitraum von 66 Tagen, wurde das Urteil in Mahabad vollstreckt.

Folgende Gründe waren für die zweimonatige Verzögerung der Exekution maßgebend: Qazi Mohammed war eine politische Persönlichkeit von außerordentlicher Beliebtheit, deshalb wagte man nicht, ihn ohne vorausgehende Vorbereitungsmaßnahmen hinzurichten. So wurde der Hinrichtungsort von allen Seiten abgeriegelt und auf den Dächern der umliegenden Häuser wurden Geschütze postiert, bevor Qazi Mohammed und seine Kameraden auf dem Tschuar-Trschra-Platz um 3 Uhr nachts gehenkt wurden.

Als die Bewohner der Stadt erwachten, war die Hinrichtung bereits vollzogen. So wurde nicht nur der Prozess gegen Qazi Mohammed und seine Kameraden geheim gehalten, auch die Exekution fand im Verborgenen statt.

Der zweite Grund für die Verzögerung der Hinrichtung war die Tatsache, dass der Kampfgeist nicht völlig gebrochen war. vor allem der widerstand der Barzanis blieb untermindert und fügte der Schah-Armee schwere Schläge zu. Außerdem befürchtete das reaktionäre Regime Teherans, die Hinrichtung Qazi Mohammeds und seiner Kameraden könnte den Unwillen des kurdischen Volkes zum überkochen bringen und heftige Reaktionen der iranischen Kurden provozieren.

Hinsichtlich der Exekution der drei Qazis gab es auch unter den Teheraner Machthabern geteilte Meinungen. Einige Behörden vertraten die Absicht, Qazi Mohammed und seine Kameraden sollten nicht hingerichtet werden. Die Militärs setzten jedoch alles daran, das Urteil so rasch wie möglich zu vollstrecken.

Sie brachten vor, Qazi Mohammed habe während der Republik gegen die Armee agiert und auf die Offiziere herabgesehen, so wie er auch während des Prozesses die Forderungen des Militärs hartnäckig abgelehnt habe. In den Augen der Schah-Armee war dieses Verhalten eine Demütigung, weshalb die Militärs den Tod Qazi Mohammeds verlangten.

Schließlich beharrten auch die Amerikaner darauf, ein Exempel zu statuieren. Wer auch immer sich gegen US-Politik stellt und darüber hinaus mit der Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen anknüpft, musste ihrer Ansicht nach vernichtet werden.

Was Mohammed Reza Schahs persönliche Einstellung in dieser frage anbelangte, so bestand er wie kein zweiter darauf, Qazi Mohammed zum Tode zu verurteilen. ER war derjenige, welcher die endgültige Entscheidung traf, den Hinrichtungsbefehl unterzeichnete und ihn an Brigadegeneral Humajuni weiterleiten ließ. Humajuni befand sich damals als Oberbefehlshaber der iranischen Armee im Einsatz gegen die Barzanis in Urmia.

Am 29. März erhielt er den Hinrichtungsbefehl und gab ihn über Funk an die Militärs in Mahabad weiter. So wurden Qazi Mohammed, sein Bruder

Abulkasimi Sadri Qazi und sein Cousin Mohammed Hussein Seifi Qazi auf dem Tschuar Tscha-Platz in Mahabad, wo man am 22. Jänner 1946 die Republik Kurdistan proklamiert und Qazi Mohammed zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, gehenkt.

Die herausragende Persönlichkeit Qazi Mohammeds nimmt in der Geschichte des kurdischen Volkes einen besonderen Stellenwert ein. Die heranwachsende Jugend sollte deshalb ein genaueres Bild über seine Person vermittelt bekommen und aus seinem Lebenswerk lernen.

Qazi Mohammed wurde am 1. Mai 1900 in Mahabad geboren, zum Zeitpunkt seiner Hinrichtung war er 47 Jahre alt. Als unfassend gebildeter Intellektueller - wie es damals unter den Kurden nur wenige gab - beherrschte er die Sprachen Türkisch, Persisch, Englisch, Arabisch, Französisch und Russisch. Er war weitgehend informiert über die allgemeine Weltlage und die neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften, ebenso verfügte er über umfassende Kenntnisse in Religions- und Sozialwissenschaft. Trotz seines außerordentlichen Bildungsstandes lebte er unter einfachen Leuten, die größtenteils Analphabeten waren.

Qazi Mohammed wusste über Schmerz und Leid, Wünsche und Forderungen seines Volkes sehr gut Bescheid, auch deshalb war er bei der Bevölkerung äußerst beliebt. All diese Eigenschaften führten dazu dass Qazi Mohammed innerhalb der demokratischen Bewegung der Jahre 1945 - 1946 eine wichtige Rolle spielte. Die Bevölkerung brachte seiner Persönlichkeit besonderen Respekt entgegen. 31) sein Wort wurde immer als gerecht und gütig akzeptiert.

Zum ersten Mal in der Geschichte der kurdischen Nation wurde jemand vom Volk so sehr verehrt, dass man ihn "Führer" nannte. (Der kurdische Ausdruck "Peschawa" für "Führer" steht in keinerlei Zusammenhang mit dem faschistisch definierten Führerbegriff, Anm. d. Übersetzers)

Eines der Hauptanliegen Qazi Mohammeds war es, die Reihen der kurdischen Bevölkerung zu vereinen. Er war sich der historischen Tatsache bewusst, dass innere Uneinigkeit und Zwistigkeiten eine der Kernursachen für das Scheitern früherer Bewegungen des kurdischen Volkes gewesen war.

Qazi Mohammed unternahm zahlreiche Versuche, Stammeskonflikte beizulegen. Obwohl dies sicherlich keine leichte Aufgabe darstellte, konnte er dennoch große Erfolge verzeichnen.

Unter den Bewohnern Mahabads herrschte ein Klima beispielhafter Solidarität. Nach der Zerschlagung der kurdischen Bewegung und dem Einmarsch der reaktionären iranischen Armee herrschte allseits gedrückte Stimmung. Keiner gab sich dazu her, gegen die Führung der Republik Kurdistan aufzutreten. 32)

Nach dem Tod Qazi Mohammeds wurde Kritik an seiner Person laut. Der Hauptvorwurf ging dahin, dass Qazi Mohammed angesichts des Angriffs der iranischen Reaktion nicht zum Widerstand aufgerufen hatte. Manche vertraten die Ansicht, die Ereignisse hätten einen völlig anderen Verlauf genommen, wenn sich Qazi Mohammed zum Widerstand entschlossen hätte.

ES ist richtig, dass sich Qazi Mohammed nicht so einfach dem Feind hätte ergeben dürfen; noch dazu einem Feind, von dem er genau wusste, wie verschlagen und grausam er vorging. freilich ging es Qazi Mohammed nicht darum, sein Leben zu retten, sondern sein tiefes Verantwortungsgefühl gegenüber dem kurdischen Volk bewegte ihn zu dieser Handlungsweise. Es ist erwiesen, dass er nach reiflicher Überlegung im Widerstand keinen zielführenden Weg mehr sah.

Vor allem jedoch wollte er ein Massaker an der wehrlosen Zivilbevölkerung seitens der Besatzungsarmee verhindern. Wen wir davon ausgehen, dass diese Kapitulation ein Fehler war, so sollten wir auch nicht übersehen, dass dieser Fehler an erster Stelle sein eigenes Leben kostete.

All diejenigen, die Qazi Mohammed näher kannten, wussten, aus welchem Antrieb heraus er diesen Fehler beging. seine Menschenliebe war so tief, dass er sein Leben hingab, um das Leben anderer zu retten.

einige Tage nach der Exekution Qazi Mohammeds wurden vier der fähigsten Offiziere der Peschmerga-Streitkräfte Abdullah Rauschanfikir, Hamidi Madjuji, Mohammedi Nazmi und Mohamed Rasuli Nagapain in Mahabad gehenkt. Ali Bagi Scherzad - der Kommandant der Peschmerka-Kräfte in Bukan erlitt das gleiche Schicksal.

Am 16. März 1947 wurden elf Stammesführer der Gebiete Faizullah Bagi und Gaurki Saggez, die sich am aufbau der Republik aktiv beteiligt hatten, in Saggez gehenkt:

Ahmad Chani Faruki (Salar), Abdullah Chani Matin, Hama Chani Danischvar, Ali Chani Fateh, Chani Kaniniaz, Hamad Bagi Babachanbag, Ahmad Chani Schajii (Schanga), Scheich Amin Asadi Kasnazani, Aga Sadighi Asadi Jaziblagi, Ali Aga Javanmardi Tamuta und RASoul Agag Mahmudi Miradeh.

Die Militärmachthaber vertraten die Ansicht, die Hinrichtung einiger Stammesführer würde ihre abschreckende Wirkung auf die übrigen Stammesführer nicht verfehlen und diese gegenüber der Regierungspolitik gefügiger machen. Tatsächlich schickten sie die Besten in den Tod, so etwa zählten die Stammesführer der Gebiete Faizulla Bagi und Gaurki Saggez zu den loyalsten Befürwortern der Kurdischen Republik.

Auf solche Weise beseitigte das Teheraner Regime die wertvollsten Funktionäre der Republik. Jene 28 Personen, welche in Mahabad vor Gericht gestellt worden waren, wurden zu 2 - 15jähriger Haft bzw. zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt.

Viele der ehemaligen Verantwortlichen der Republik Kurdistan flüchteten nach dem Einmarsch der Armee in Mahabad in den Irak und nach Syrien.

Die Iranische Armee machte sich nun unverzüglich daran, alle Spuren der Kurdischen Republik in Mahabad zu vernichten. kurdischsprachige Bücher wurden beschlagnahmt und auf dem Hauptplatz verbrannt. Dokumente, die während der Republik ausgestellt worden waren, wurden teils von der Bevölkerung aus Angst vor Übergriffen, teils von der Schash-armee vernichtet. Die Zentralregierung ließ nichts unversucht, um jegliche Spuren der Republik Kurdistan auszulöschen.

8. Die Barzanis

Nachdem die Nationalregierung Azerbaidjans gestürzt war und die Armee in Richtung Mahabad vorstieß, zogen sich die Kampfverbände der Barzanis von der Front bei Saggez und Tikab in die Umgebung von Bukan, später in den Umkreis von Mahabad zurück.

Was an Waffen und Munition in den Militärlagern der Republik Kurdistan zurückgeblieben war - and die 3000 Gewehre, 120 Maschinengewehre, 2 Kanonen sowie einige Handgranaten - wurde von den Barzanis mitgenommen. Der Rückzug verlief rasch und planmäßig.

Am 20. Dezember suchte Mullah Mustafa Barzani Brigadegeneral Humajuni in Mahabad auf. Er unterbreitete ihm den Vorschlag, die britische Regierung über Vermittlung der iranischen Regierung dazu zu bewegen, den Barzanis die ungehinderte Rückkehr in ihre Heimat - i. e. in den Irak - zu garantieren. Humajuni hatte selbstverständlich in diesem fall keine Entscheidungsbefugnis und riet Mullah Mustafa nach Teheran zu gehen.

Am 21. Dezember brachen Mullah Mustafa, Mirhadj Ahmad, Izat Abdulaziz und Nuri Ahmadtaha gemeinsam mit Oberleutnant Ghafari nach Teheran auf und hielten sich etwa ein Monat lang im Teheraner Offiziersclub auf. Nach langwierigen Verhandlungen bot die iranische Regierung den Barzanis an, sich am Fuße des Berges Alvand, in der Nähe von Hamadan, anzusiedeln und gab gleichzeitig die Zusicherung, sie sechs Monate lang mit Lebensmitteln zu versorgen.

Mullah Mustafa nahm dieses Angebot mit scheinbarem Einverständnis an und kehrte am 29. Jänner nach Mahabad zurück. Dort forderte ihn Humahuni auf, dem in Teheran getroffenen Übereinkommen ohne Verzögerung nachzukommen. Mullah Mustafa verlangte jedoch einen Aufschub von 24 Stunden, um mit Scheich Ahmad zusammenzutreffen und dessen Meinung

einzuholen. Nach diesem Treffen teilte Mullah Mustafa Humajuni mit, dass Scheich Ahmad nicht bereit wäre, die Teheraner Entscheidung anzunehmen.

Es hat den Anschein, als ob Mullah Mustafa selbst auf dieses Angebot nicht eingehen wollte, jedoch in Teheran seien ablehnende Meinung für sich behielt. Er tat dies aller Wahrscheinlichkeit nach, um unbehelligt der gefährlichen Nähe der Zentralregierung zu entkommen. Erst nach seiner Rückkehr, als er sich in Sicherheit wusste, gab er der Zentralregierung seine Ablehnung zu verstehen.

So blieb den Barzanis kein anderer Weg, als Widerstand gegen die Zentralregierung zu leisten.

In der Zeit vom 11. März bis 13. April 1947 kam es an mehreren Orten zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Barzanis und der iranischen Armee. Einige Stammesführer, welche sich den Barzanis angeschlossen hatten, wie z.B. die Führer des Karki-Stammes Raschid Beg und Nuri Beg), ergaben sich nicht nur den Schah-Truppen sehr rasch, sondern übten später Verrat und kämpften gegen die Barzanis. Im Zuge eines der großen Barzani-Gefechte, am 16. März 1947 bei Nalos, wurden ein Offizier und 12 Soldaten getötet, 5 Offiziere und 68 Soldaten gefangengenommen. Die Nachricht über diese Niederlage der iranischen Armee verbreitete sich in Windeseile. Man sah nur, dass das Militär einem Kampf gegen die Barzanis nicht so ohne weiteres gewachsen war.

Am 25. März 1947 kam es zu einem treffen zwischen Humajuni und dem irakischen General Ali Hidjazi im Gebiet Hadji Omaran. Hidjazi gab Humajuni zu verstehen, dass das irakische Militär beriet wäre, die iranische Armee gegen die Barzanis zu unterstützen. Auch die Streitkräfte der Türkei erklärten ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der Schah-Armee.

Eine militärische Kooperation dieser Regime gegen die Kurden war durchaus keine Neuerscheinung in der Geschichte der kurdischen Nation. Letztlich lehnte Humajuni jedoch den Bündnisvorschlag ab. Er sah es als Erniedrigung an, eine fremde Armee um Hilfe zu bitten, weil man die Barzanis nicht alleine bezwingen konnte.

Es folgten noch einige weiter Kämpfe, in welchen die Barzanis mutig Widerstand leisteten und der iranischen Armee spüren ließen, dass sie eine schlagkräftige Macht verkörperten. die iranischen Streitkräfte mussten sich eingestehen, nicht in der Lage zu sein, die Barzanis mühelos zu bezwingen. Sogar der Generalstabchef äußerte sich dahingehend, dass die neue Iranische Armee (gegründet nach der Machtübernahme von Reza Schah) seit der Zeit ihres Bestehens noch nie mit einem so wehrhaften feind konfrontiert gewesen war.

Nun gab der Schah einen Befehl, der auf die totale Vernichtung Barzanis - einschließlich Frauen und keiner - abzielte. Der besagte Befehl vom 19. März 1947 lautete: "Sämtliche Quartiere und Marschrouten von Barzani-Sippen sowie ihre Artilleriestützpunkte sind zu bombardieren, bis 4. April 1947 muss der Kampf zu Ende geführt sein. Es muss alles unternommen werden, die Barzanis nicht entkommen zu lassen, sodass die Ehre der Armee nicht länger verlorenggeht. " 33)

Die Lage änderte sich jedoch, als die Barzanis am 13. April 1947 den Fluss Gadar überquerten und in den Irak zurückkehrten. Somit waren die kaiserlichen Armee wie auch die Person Mohammed Reza Schahs ihrer Ehre beraubt, da ja dem Befehl des Schahs nie Folge geleistet wurde.

Die Barzanis brachen mit ihren Frauen und Kindern auf, als sie den Iran verließen. Scheich Ahmad Barzani ergab sich mit seinem Familienklan der irakischen Regierung und wurde begnadigt. Mullah Mustafa begegnete dem irakischen Regime mit Misstrauen und riet daher jenen ehemaligen Offizieren der irakischen Armee, die nun mit den Barzanis zurückkehrten, sich nicht auszuliefern. Diese waren jedoch in dem Glauben, begnadigt zu werden. Auch sie waren nicht gewillt, für längere Zeit in den Bergen zu leben und gemeinsam mit den Barzanis einen Kampf zu führen, dessen Ende nicht abzusehen war. Aus diesen Gründen ergaben sich die besagten Offiziere dem irakischen Nuri Said-Regime.

Bald darauf wurden die vier kurdischen Offiziere der irakischen Armee (Mustafa Choschnav, Abdulkarim Cheirollah, Mohammed Mahmud und Izat Abdulaziz), die mit den Barzanis in den Iran gegangen und für die Republik Kurdistan tätig gewesen waren, zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1947 gehenkt.

Die Hinrichtung dieser vier Personen versetzte die kurdische Bevölkerung in helle Empörung. Zahlreiche irakische Regierungsbeamte, die Kurden waren, versuchten zu vermitteln, um das Leben der Offiziere zu retten. Alle Versuche waren jedoch vergeblich.

Da jene vier Offiziere in zwei Teilen Kurdistans gekämpft hatten, wurden sie nach ihrem Tod als Märtyrer verehrt. Tatsächlich wurde diese Verehrung durch das heldenhafte Verhalten der zum Tode Verurteilten gerechtfertigt. In ihren Abschiedsbriefen wandten sie sich an das kurdische Volk mit der Aufforderung, den Weg, welchen sie gegangen waren, fortzusetzen - mit anderen Worten, den Kampf für die Befreiung der kurdischen Bevölkerung weiterzuführen.

Diese Ereignisse bestätigten die Richtigkeit von Mullah Mustafa Barzanis Einschätzung. Unter keinen Umständen hätte er den Versprechungen des irakischen Regimes Glauben geschenkt.

Am 27. Mai 1947 überschritt Mullah Mustafa Barzani mit 500 freiwilligen Begleitern seines Stammes die Grenze zur Türkei und kehrte von dort aus in den Iran zurück. Daraufhin schickte die iranische Armee über 10.000 Mann gegen die Barzanis aus. Nachdem die Barzanis unter heroischem

Kampfeinsatz eine Wegstrecke von etwa 300 Kilometern zurückgelegt hatten, überquerten sie am 16. Juni den Fluss Aras und suchten in der UdSSR Zuflucht.

